

Worms

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit Wochenschrift 10 Pf.,
 Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.,
 Wochenschrift 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsgeheften Rotations-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonntag, den 30. August 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Ein Militärurteil in Oestreich.

Die Wechsel der Prinzessin Luise von Koburg.

—st— Wien, 28. August. Ein Drama, dessen Ursprünge in die höchsten Kreise reichen, hat gestern seinen vorläufigen Abschluß gefunden: Weza Mattachich, der einstige Oberleutnant und Geliebte der Prinzessin Luise von Sachsen-Koburg-Gotha, ist begnadigt worden und hat gestern die Strafanstalt Möllersdorf, wo er drei Jahre und acht Monate gefangen gehalten wurde, verlassen. Die Verurteilung dieses Offiziers erfolgte zwar wegen eines gemeinen Verbrechens, der Fälschung von Wechseln, aber der ganze Lauf der Verfolgung charakterisiert sie als eine Art ungewöhnlicher Kabinettsjustiz, zu dem die Möglichkeit die verbotene geheime Militär-Strasprozessordnung geboten hatte. Die merkwürdige Affaire verdient es wohl, mitgeteilt zu werden.

Weza von Mattachich-Keglewich — so hieß er, bevor ihm die Verurteilung mit der Freiheit den Adel nahm — war der Günstling der Prinzessin Luise, bekanntlich eine Tochter des Königs der Belgier und einer Schwester der ehemaligen Kronprinzessin Witwe Stefanie. Deren Ehe mit dem Prinzen Philipp von Koburg war nicht die glücklichste, und die Ständekrone der Welt, in der man sich nicht langweilt, war schon vor dem offiziellen Bruch voll von allerlei merkwürdigen Geschichten, deren Heldin die ebenso interessante als lebenslustige Prinzessin war. Da ihr der feinsinnige Prinz nur eine ganz bescheidene Kapanage aussetzte, die Dame aber sehr verschwenderisch war, geriet sie in Schulden und dadurch in Verbindung mit allerlei Unzweckern, die der Königsstochter unter den „Abhängen“ Bedingungen Wechsel eskontierten. So wurden von ihr im Juni 1897 fünf Wechsel im Gesamtbetrag von 575 000 Gulden begeben. Als diese Wechsel zur Zahlung kommen sollten, trugen sie zwei Unterschriften: nebst der der Prinzessin auch die ihrer Schwester, der Kronprinzessin-Witwe, die damals selbst in argen Geldnöten steckte. Es entstand der Verdacht — und zwar entstand er wie auf Kommando des Prinzen Philipp, der sich natürlich seines Nebenbuhlers in der Gunst seiner Frau gern entledigt hätte — daß die Unterschriften gefälscht seien und über eine Anzeige der Geldgeber leitete die Wiener Staatsanwaltschaft die Untersuchung ein. Bevor sie aber zu einem entscheidenden Schritte gelangte, wurden die Wechsel vom Hause Koburg bezahlt — allerdings erst, nachdem König Leopold die Zahlung verweigert hatte und vom österreichischen Hofe auf den Prinzen ein Druck ausgeübt worden war. Trotzdem wurde Mattachich, der gerade im Begriffe war, zu seiner militärischen Dienstleistung einzurücken, in Arrest verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt. Das Kriegsgericht erkannte ihn der Fälschung beider Unterschriften schuldig — wohlgerathen beider! — und verurteilte ihn wegen Betrag zu sechs Jahren schweren Kerkers, Degradation und Adelsverlust. Das Urteil wurde am 22. Dezember 1898 gefällt und eine halbe Stunde nach der Kundgebung wurde Mattachich in die militärische Strafanstalt Möllersdorf als gemeiner Verbrecher abgeliefert.

Dieses Urteil war nun ungewisselhaft falsch: Das hat die zweite Instanz, das Militär-Obergericht, selbst ausdrücklich anerkannt. Ueber die von dem Verurteilten aus der Kerkerzelle eingebrachte Revision — denn die Wohlthat eines Verteidigers kennt der österreichische Militär-Strasprozess nicht — erkannte ein Jahr später das zweite Gericht (wir sehen, um den Lesern einen vollen Einblick in die Mysterien der österreichischen militärischen Rechtsprechung zu gewähren, das Urteil wörtlich her) folgendes:

Das I. und II. Militär-Obergericht hat nach Grund der Bitte des Verurteilten um Wiederaufnahme der Untersuchung vorgenommenen Revision befunden:

1. Das wesentliche der That dahin richtigzustellen, beziehungsweise einzuschränken, daß der Untersuchte nur das Akzept Ihrer I. und II. Hoheit der durchlauchtesten Frau Kronprinzessin-Witwe Erzherzogin Stefanie auf den bezogenen sechs Wechseln gefälscht und die Kommissionsgeschäfts-Inhaber Markus Spitzer und Friedrich Reichert um die Beträge von 375 000 Gulden, beziehungsweise 200 000 Gulden nicht gefälscht hat, sondern schädigen wollte.
2. Hinsichtlich der beabsichtigten Schadenshöhe und der aufgezählten strafbaren Handlungen es bei dem Urteil zu belassen, und
3. im übrigen das Urteil für gerechtfertigt erkannt.

Ravenhofer,
 Feldmarschall-Lieutenant.

Für jeden Zurechnungsfähigen ist es klar, daß das zweite Urteil etwas ganz anderes sagt, als das erste. Wohl ist juristisch schon die Fälschung einer Unterschrift das Verbrechen, und die Schadensabsicht kommt strafrechtlich der Schädigung gleich. Dagegen verändert sich vollständig der Thatbestand, die Sachlage wird von Grund aus eine andre, wenn sich die Annahme, beide Unterschriften wären falsch gewesen, beide wären gefälscht worden, als hinlänglich erweist. Die Verdachtsgründe, aus denen auf die Fälschung beider Unterschriften geschlossen wurde, konnten einsehenderweise nicht auch zu der Meinung führen, es sei eine Unterschrift gefälscht worden; im Gegenteil: Wenn Mattachich nicht beide Unterschriften gefälscht hätte — mit falschen Wechseln nicht geschwindelt hätte — so hat er keine Unterschrift gefälscht; die „Fälschung“ — die Unterschrift der Kronprinzessin-Witwe war nämlich thatsächlich falsch — mußte ein anderer vollzogen haben, und zwar jemand, der ein Interesse daran hatte, die Einlösung der Wechsel, aus deren falscher Unterschrift ein großer Standa drohte, sicherer zu machen. Trotzdem es also die juristische Logik gebot, das Urteil, dessen Voraussetzungen sich als falsch erweisen hatten, zu kassieren und eine neue Untersuchung und

Verhandlung durchzuführen, trotzdem das Gesetz ausdrücklich bestimmt, eine neue Untersuchung habe stattzufinden, „wenn neuerherorgekommene Umstände vermuten lassen, daß dem Verurteilten ein Unrecht zugefügt worden sei“ — was in der Sache wortwörtlich zutrifft — belieh es das Obergericht bei dem Urteil und auch die dritte Instanz, der oberste Militär-Gerichtshof, wies das Begehren des Verurteilten ab. Mittlerweile hatte man die Prinzessin Luise in ein Irrenhaus gebracht, Mattachich also des Hauptzeugen beraubt — die Prinzessin, die jetzt in einer Anstalt in Dresden interniert ist, hatten Wiener Psychiater als vollständig normal bezeichnet, bis sich endlich das gefällige Gutachten einstellte, auf Grund dessen die Prinzessin entmündigt wurde — und so war den Bedürfnissen des Hauses Coburg Genüge getan worden. Mattachich, der die Fälschung nicht verübt hatte, war verurteilt und sollte es bleiben.

Die Wahrscheinlichkeit, daß dem Oberleutnant, dessen größtes Verbrechen es war, der Geliebte einer Prinzessin gewesen zu sein, schweres Unrecht getan worden ist, ergibt sich aus den weiteren Umständen dieser dunklen Affaire. Es beweist das eigentlich schon die Hartnäckigkeit dieser Verfolgung; man pflegt in Oestreich solche Affairen lieber zu vertuschen als zu verfolgen, und wenn Mattachich nicht vor ein geheimes Kriegsgericht hätte gestellt werden können, wenn man ein öffentliches Verfahren hätte riskieren müssen, so wäre der Prozeß wohl nie geführt worden. Die Wechsel rührten doch von der Prinzessin her, sie waren auch sämtlich und auf den letzten Heller bezahlt, es war also niemand geschädigt worden und nach der Sachlage konnte auch niemand geschädigt werden: was soll also diese merkwürdige energische Verfolgung denn verursacht haben, wenn nicht der Wunsch, den ungewissen Günstling aus dem Wege zu räumen? Daß dies der Zweck war, geht auch daraus hervor, daß man Mattachich die Einstellung der Untersuchung andot, wenn er sich verpflichte, Oestreich zu verlassen — und daß er es ablehnte, zeugt wohl nicht für seine Schuld. Daß man den Wunsch hatte, dem Skandal jenes Verhältnisses unter allen Umständen ein Ende zu setzen, beweist das merkwürdige Eingreifen des advocatorischen „Vertreters“ des Prinzen Philipp, der, ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt, als vom Kaiser bevollmächtigt auftrat, die Verhaftung des Mattachich veranlaßte und wohl auch den Richtern die verurteilende Ueberzeugung suggerierte. Von den sechs Jahren hat das Opfer der Coburgischen Kabinettsjustiz drei Jahre und acht Monate abgehakt, die Begnadigung, die gestern vom Reichs-Kriegsministerium erfolgte, darf wohl als das Eingeständnis erachtet werden, daß der gewesene Oberleutnant zu Unrecht verurteilt worden ist.

Es ist nämlich keine laubläufige Begnadigung, die da ausgesprochen wurde, sondern die Kenntnis von diesen militärischen Urteilen und seinen sonderbaren Begleitumständen ist seit Januar dieses Jahres der Öffentlichkeit vermittleit worden, und das Urteil ist sowohl im Abgeordnetenhaus in Wien wie auch in Budapest energisch verurteilt worden und ist auch in der Delegation zur Sprache gekommen. Es war nämlich die „Arbeiter-Zeitung“ in den Besitz der Akten gelangt und sie hat in mehreren Artikeln den Sachverhalt der Öffentlichkeit vorgelegt, worauf der Abg. Daszhan in einer sensationellen Rede die Sache im Abgeordnetenhaus zur Sprache brachte. Auf die ersten Vorwürfe, die das öffentliche Gewissen im ungewöhnlichen Maße erregten, wußte die Kriegsverwaltung nur ein paar verlegene Ausreden zu stemmen: Die Darstellung der „Arbeiter-Zeitung“ sei eine „einseitige“! Wenn man sich also, trotz der socialdemokratischen Aktion, zu einer Begnadigung verstanden hat, so ist das, wie gesagt, der Durchbruch einer Erkenntnis, die außerhalb der militärischen Machthaber Gemeingut geworden ist: daß, teils aus Irrtum, teils aus böser Absicht, ein Unschuldiger verurteilt worden war! Welcher Qualität sonst der Mann ist, der der Coburgischen Nachsucht geopfert ward, ist gleichgültig; die Gerechtigkeit verbietet, jemand anders zu strafen, als nach dem Maße seiner Schuld. Und das Recht ist eine Einheit; wenn immer es verletzt wird, es wird der Gesamtheit geraubt.

Diese schwere Rechtsverletzung konnte nur auf dem Boden des österreichischen Militär-Strasprozesses verübt werden. Der militärische Strasprozess, nach dem in Oestreich-Ungarn im 20. Jahrhundert judiziert wird, ist die Theresianische peinliche Gerichtsordnung vom — 31. Dezember 1788: die Grundzüge dieses Rechtes stammen also, man kann nicht anders sagen, aus dem Mittelalter. In dem militärischen Verfahren giebt es keine Anklage, keine Verteidigung, ja bei der sogenannten Verhandlung ist der Beschuldigte überhaupt nicht zugegen! Wohl wird das Urteil von einem Richterkollegium gefällt, aber die Grundlage des Urteils: die Führung der Untersuchung, die Einholung der Thatakten, die Feststellung des Thatbestandes; all das, woran im Civil-Strasrechtsverfahren die verschiedensten Personen und Parteien mitwirken — das ist im Militär-Strasverfahren einem einzigen Menschen überliefert und ausgeliefert — dem Auditor. Er führt ganz allein die Untersuchung und sein „schriftlicher Vortrag“, das berühmte votum informativum, ist der ganze Inhalt der Verhandlung. Was im Civil-Strasverfahren durch die gemeinsame, einander ergänzende und kontrollierende Thätigkeit von Untersuchungsrichter und Vertreter des Angeklagten, von Staatsanwalt und Verteidigung, was durch die lebendige, den Thatbestand auflösende Verhandlung, was durch die Kritik aller Verdachts- und Entlastungsmomente zu Tage gebracht wird, das soll in diesem militärischen Verfahren ein einziger Mensch leisten! Seit einem Menschenalter ertönt immer dringender die Forderung nach Reform dieses grotesken, dem modernen Rechtsbewußtsein so fremden und unverständlichen Verfahrens, und noch ist auch nicht ein Entwurf zu erblicken! Die Entschlüssen über den freiesten Spruch des Agrar-Kriegsgerichtes, die Erkenntnis, wie dieses geheime Ver-

fahren die Möglichkeit zur schlimmsten Kabinettsjustiz bietet, haben die Reform nun unabwiderbar gemacht. Aber zur Bekehrung für alle Staaten des modernen Militarismus mußte über die Affaire Mattachich berichtet werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. August.

Zum Fall Angel

Die politische Sache, wegen der die Frau Angel unschuldig fast ein ganzes Jahr hat schwere Fesseln ertragen müssen, ist nun auf der bekannten Weise des gendarmerischen Administrativverfahrens erledigt worden. Es handelt sich dabei um zwei junge Leute aus den baltischen Provinzen, die in der Nacht auf den 24. Juni vorigen Jahres beim Ueberdrehen der Grenze der Libauer Gendarmen in die Hände fielen: Sie waren von dem Führer für ein paar Geldstücke verkauft worden. Eine Anzahl Gendarmen und Geheimpolizisten hatte mehrere Tage auf der Laner gelegen, dem man glaubte mit den beiden jungen Leuten einen guten Fang an Mitteilungen und Briefen an die baltische Organisation von den Gruppen in Rußland zu thun. Sie wurden mit Seilen gebunden und am selben Tage in das Gefängnis nach Liebau verbracht. Bei einem von ihnen fand man einen kleinen Schlüssel, der zu einem Koffer zu passen schien, der in derselben Nacht mit Wädhern und Zeitungen gefüllt an einer andren Stelle an der Grenze der Grenzwaache in die Hände gefallen war. Sonst lagen keine Beweise gegen die beiden Männer vor; auch der Schmuggler, der den Koffer hinübergeschafft hatte, konnte nicht bezogen, daß er ihnen gehöre. Die Gendarmen gingen nun daran, dem eine Stelle bei der Polizei verschaffen wurde, log dem Gendarmen-Obersten Wonschitz den hinterbündelsten Unfluth über angebliche Wädhersdepots jenseits der Grenze vor. Dieser hatte schon lange nach einer größeren Campagne geschmachtet, die Rangserhöhung und Bruchstück einbringen konnte; nun wollte er sein Glück versuchen. Nachdem er sich mit dem damals in Liebau anwesenden Chef der Gendarmen, dem Ministergehilfen Fürsten Swjatopolk-Wittek, verständigt hatte, ging er ans Werk. Die Ortschaften gegenüber der Polangen und Arretingen — Bajorien und Nimmerfart — wurden mit verheißenen Gendarmen überflutet, die die Einwohner von Vojodren und Nimmerfart auszuschnüffeln und die Polizei zu verhandigen hatten, wenn einer von ihnen über die russische Grenze ging. Man wollte ein für allemal die Bewohner der Grenzorte davon abschrecken, einige Groschen mit dem Wädherschmuggel zu verdienen. Wie es die Praxis der russischen Regierung ist, war es ihre Idee, an wen das Exempel statuiert wird, die Hauptsache ist, daß sie Mache haben kann, und wenn es auch eine sechzigjährige alte Frau ist, die auf die Folterbank gespannt wird. Die Frau wurde in eine dumpe Zelle gesteckt, und da sie in Liebau keine Verwandten hat, von denen sie mit Lebensmitteln hätte versorgt werden können, mußte sie buchstäblich von Wasser und Brot leben. Es begann die übliche Inquisition. Das erste ist, den Eingekerkerten müde zu machen. Das geschieht so, daß man ihn vollständig isoliert: er hat weder Bücher, noch sieht er einen Menschen, man thut als ob man ihn ganz vergessen hätte. So vergehen 6 bis 8 Wochen, eine Zeit, an die diejenigen, die sie durchgemacht haben, mit Grauen denken. Nach diesen 6 bis 8 Wochen wird der Eingekerkerte zum Verhör gerufen; sieht man, daß er noch nicht willenlos und bekümd ist, dann wird er in die Zelle zurückgeführt und er lauert dort auf seinem Schmel abermal sechs Wochen und Monate. Auf solche Art und Weise sollte auch Frau Angel gefügig gemacht werden. Da die alte Frau aber nicht die geringste Ahnung hatte, warum es sich handelte, und sie das auch zu Protokoll gab, so ließ man sie in ihre Zelle zurückführen, sie möge sich dort noch weiter überlegen und dem Gefängnischef melden, wenn sie sich nicht mehr sträuben wolle; man wartete, und so sah die Frau in ihrer Zelle einen Monat nach dem andern. Als man schließlich einsehen mußte, daß aus der ganzen Sache doch nichts herauszuschlagen war, wurde man mit den beiden Angeklagten auch so fertig: der eine, Ernst Molaw, erhielt sechs Jahre Sibirien, der andre, Jahnis Klawa, vier Jahre. Beide wurden Ende Juli per Etappe nach dem Moskauer Centralgefängnis gebracht und von dort geht jetzt die Reise über Samara der Grenze Asiens zu. Frau Angel wurde aber nach Halesowt verbracht, wo das Gefängnis ein noch bei weitem erbärmlicheres ist als in Liebau; sie mußte hier noch lange warten, bis sie nach Deutschland entlassen wurde.

Der Fall Angel ist nicht der einzige, wo die Gendarmen der Hafenstädte der baltischen Provinzen, Libau und Riga, deutsche Staatsangehörige überfallen haben auf den Verdacht hin, daß die Betroffenen verbotene Schriften mitgebracht hätten. Die Mannschaften der zwischen Stettin, Lübeck und Riga, Libau verkehrenden Dampfer können davon manches erzählen. Im Jahre 1897 ist es vorgekommen, daß der Gendarmen-Oberst Wajarenski in Libau deutsche Schiffsleute auf offener Straße überfallen hat. Auch damals ist von den Eingekerkerten der deutsche Konsul in Libau angerufen worden, mit demselben Erfolge, wie im Fall Angel. Die Festgenommenen sahen dort monatelang. Der Schreiber dieses war Augenzeuge, wie man mit ihnen umgegangen ist für einen Dolmetscher, der ihre Aussagen unparteiisch und wahrheitsgetreu hätte wiedergeben können, war nicht gesorgt, die Uebertragung lag in den Händen des Gehilfen des Gefängnischefs, eines gewissen Bentowski, dem die deutsche Sprache wohl nur vom Hörensagen bekannt war. Die Verhafteten zitierten über jedes Wort, das sie fallen ließen, denn sie waren nicht sicher, daß es nicht ver-

recht wurde. Man drohte ihnen mit den unmenslichsten Strafen, wenn sie nicht nach dem Geschmack des Obersten ausgingen, jedes dritte Wort war „Sibirien“, „10 Jahre Gefängnis“ usw. Unter den Unglücklichen war auch ein alter Mann, der sich ein Stockwerk niedriger unter unsrer Zelle befand; ich hörte ihn oft nachts wie ein kleines Kind schluchzen. Sie wandten sich in ihrer Angst mit Bittschriften an den deutschen Vorkonsole in Petersburg, an die Prinzessin von Oldenburg, selbst an die Kaiserin. Ob die Briefe an ihre Adressen gelangt sind? Jammersin dürfte der deutschen Regierung die Praxis der russischen Behörden nicht ganz unbekannt sein. Nur dadurch, daß Deutschland zu den früheren Wegelagerern der russischen Behörden geschwiegen hat, hat sich die russische Regierung zu einer solchen Frechheit erdreisten können, wie sie sie bei der Gewaltthätigkeit gegenüber der gelben, schwachen Frau zu Tage gelegt hat.

Einkommenstatistik und „Zukunftstaat“.

Es ist nachgerade eine der beliebtesten Salonscherze geworden, die Unrichtigkeit des socialdemokratischen Programms, statistisch zu beweisen. Wenn nun der offiziöse Herr Schweinburg aus der Thatsache, daß im Jahre 1892 nur 8,15 Proz. der Bevölkerung Preußens mit einem Einkommen von mehr als 900 M. zur Einkommensteuer eingeschätzt worden sind, im Jahre 1901 aber 10,17 Proz., auf einen steigenden Wohlstand der Bevölkerung schließt, so gehört das schließlich zu seinem Handwerk. Daß aber auch Herr Eugen Richter trotz seiner unbestreitbaren Kenntnisse auf finanzpolitischem Gebiete in seiner „Freisinnigen Zeitung“ den Schwindler mitmacht, kann ihm nicht zur Ehre gereichen. Die amtliche „Statistische Korrespondenz“, die doch auch ein hervorragendes Interesse hat, die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in recht rosigem Lichte darzustellen, war bekanntlich immerhin gewissenhaft genug, darauf hinzuweisen, daß die größere Vervollständigung der Veranlagung die auffällige Minderung der untersten Einkommensklassen wenigstens zum Teil erkläre. Was übrig bleibt, wird durch die zunehmende Zahl der Erwerbsthätigen und die steigenden Kosten der Lebenshaltung mindestens auch wieder zum Teile aufgehoben. Der Bruchteil der Bevölkerung also, der die Hungergrenze des Existenzminimums im letzten Jahrzehnt überschritten hat, muß bei einer kritischen Verwertung des vorliegenden Zahlenmaterials außerordentlich gering erscheinen.

Die „Freisinnige Zeitung“ will nun aber in jener Einkommensteuer-Statistik einen Beweis gegen die Behauptung des Erfurter Programms erkennen, daß die Zahl der Proletarier immer größer werde. Sie betrachtet den Proletarier offenbar als einen steuerrechtlich definierbaren Begriff. In Wirklichkeit aber ist er das natürlich nicht. Ebenso wenig ist die Grenze des Existenzminimums ein für allemal festzulegen. Könnte beispielsweise eine Statistik allgemeine Geltung beanspruchen, die der Fabrikinspektor von Schwaben und Neuburg für Augsburg aufgestellt hat, derzufolge dort von 1893 bis 1900 die Preise aller Lebensmittel um 4—20 Proz. gestiegen sind, dann müßte man das steuerfreie Existenzminimum, das angeblich den Proletarier charakterisieren soll, heute gleichfalls um etwa 10 Proz. höher stellen als im Jahre 1892.

Was aber Eugen Richter mit seinen unangenehmen Mitteln, wenn sie tauglich wären, ebenfalls beweisen könnte, das wird von der Socialdemokratie gar nicht in Abrede gestellt. Sie bezweifelt nicht, daß eine verbesserte Lebenshaltung der Arbeiterschaft auch unter der kapitalistischen Herrschaft möglich ist und sich teilweise auch wirklich eingestellt hat. Trotzdem bleibt die Thatsache bestehen, daß noch immer die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung unter der Hungergrenze steht.

Die „Freisinnige Zeitung“ hat sich auch den Scherz geleistet, zu sagen, wie wenig dabei herauskommen würde, wenn man alles teilte. Wenn man den Leuten mit mehr als 3000 M. Einkommen alles nähme, was über 3000 M. hinausgeht, so würde dabei jede Familie „nur“ 270 M. jährlich profitieren. Herr Richter, der offenbar vor dem Teufel noch immer Angst hat, findet eine solche Verbesserung nicht der Rede wert. Denn sie bedeuete „nur“ eine Lohnerhöhung von 10 Proz. für die Arbeitsstunde. Da aber der „socialdemokratische Zukunftstaat“ ein geringeres Gesamteinkommen haben würde, da ja „mit dem Fortfall des Anreizes, eine Lebenshaltung mit mehr als 3000 M. zu erreichen“, die Anspannung der Kräfte nachlassen würde, würde auch diese Verbesserung in Wegfall kommen.

Wenn man sich schon mit Herrn Richter in seiner socialpolitischen Rindersprache unterhalten will, so mag der Hinweis darauf genügen, daß 95,70 Prozent der Bevölkerung bislang ein Einkommen unter 3000 M. haben, daß für etwa 80 Proz. von ihnen ein Einkommen von mehr als 3000 M. eine vollkommen utopische Vorstellung ist, daß etwa 70 Proz. der Bevölkerung direkt im Ruin gehandelt werden müßten, hätten sie „den Anreiz, eine Lebenshaltung von mehr als 3000 M. zu erreichen“. Selbst jene Krone aller Unsinnsigkeiten also, Richters socialistischer Zukunftstaat, würde für die ungeheure Masse der Bevölkerung immer noch gegenüber den heutigen Verhältnissen einen ansehnlichen Profit bedeuten. Vergebens versucht man aus der Phantasie ein Bild zu konstruieren, welches an Mäßigkeit jenes überbietet, das uns von der geläuterten Einkommenstatistik geliefert wird! —

Die Fleischnot.

Auch in Berlin ist ein fortwährender Rückgang des Fleischkonsums festzustellen.

Die Schlachtungen in den öffentlichen Schlachthäusern des städtischen Schlachthofes sind in den letzten 12 Monaten ununterbrochen zurückgegangen, während sie sonst in den letzten Jahren entsprechend der wachsenden Bevölkerung regelmäßig von Monat zu Monat zu steigen pflegten. Die Gesamtzahl der im Monat Juli dieses Jahres geschlachteten Tiere betrug auf dem städtischen Schlachthofe nur 127 247 Stück, gegen 132 357 Stück im Monat Juli 1901 mithin 5110 Stück weniger. Im Monat August haben die Schlachtungen weiter abgenommen.

Auch der amtliche Bericht über das Veterinärwesen im Königreich Sachsen giebt die Abnahme der Schweinefleischschlachtungen um mehr als fünf Prozent gegen das Vorjahr zu und bedauert diese Thatsache mit Rücksicht auf die Volksernährung. Der amtliche Berichterstatter erklärt ausdrücklich, daß bei dem Auftreten ähnlicher Erscheinungen im ganzen Reiche die Ursache derselben nur auf einen Mangel an geeigneten Schlachtschweinen zurückzuführen sei.

In Dresden erließ gestern die Fleischermnung im Schutzvölkischen Antisemitenblatt eine Bekanntmachung, wonach sie die Fleischpreise erhöhen muß.

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Zur Fleischsteuerung hielt die hiesige Fleischer-Zunft eine Versammlung ab, in welcher beschloffen wurde, das Publikum über die Erhöhung der Fleischpreise, die durch den derzeitigen Stand der Viehpreise verursacht sei, in zweckentsprechender Weise aufzuklären. Ein einheitliches Vorgehen bezüglich der Festsetzung der Fleischpreise wurde nicht gutgeheißen, vielmehr soll es bis auf weiteres jedem Metzgermeister überlassen bleiben, nach eigenem Ermessen zu handeln. Was die Viehpreise anlangt, so halten sich dieselben seit Jahren auf einer ganz außerordentlichen Höhe. Die verschärften Einfuhrbedingungen, welche mit dem Inkrafttreten des neuen Fleischbeschau-Gesetzes vom 1. Oktober ab Geltung haben werden, dürften zudem die Düsseldorfer Fleischpreise noch weiter beeinflussen, da hierdurch die Einfuhr holländischen Fleisches erschwert werden wird.

Aus Offenbach a. M. wird uns berichtet: Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung nahm am Donnerstagabend einstimmig einen Antrag des Genossen Orb an: Der Oberbürgermeister wird namens der Stadtverwaltung beauftragt, bei der hiesigen Regierung vorstellig zu werden, daß diese beim Bundesrat den Antrag auf Aufhebung der Grenzsperrung auf Schlachtwich stellt und um Bewilligung dieser Gelegenheit ersucht. Zugleich kündigte der Antragsteller an, demnächst einen Antrag auf Aufhebung des Octrois auf Schlachtwich zu eingubringen, weshalb die Bürgermeisterei eine Berechnung des Ausfalls dieser Einnahmeposten vornehmen möge. — Auf Dienstag, den 2. September, ist hier eine öffentliche Volksversammlung anberaumt, in der die Fleischnot und ihre Ursachen zur Besprechung steht! Wie sehr sich diese Fleischnot gerade auch hier fühlbar macht, zeigt der Preis für Schweinefleisch, der jetzt schon seit über acht Tagen 90 Pf. pro Pfund beträgt.

In Frankfurt a. M. beschloß eine stark besuchte öffentliche Versammlung nach einem Referat des Reichstags-Abgeordneten Hoch einstimmig eine entsprechende Protestresolution gegen die Erhöhung der Fleischpreise und ersuchte die Abgeordneten, im Reichstage für Aufhebung der Grenzsperrung und Beseitigung der Viehzölle einzutreten.

Aus Stuttgart wird uns telegraphiert: Im Gemeinderat beantragten die socialdemokratischen Vertreter, die Stadtverwaltung solle in kürzester Zeit Maßnahmen gegen die ganz erhebliche Steigerung der Fleischpreise treffen und durch den Einfluß der Landesregierung auf den Bundesrat dahin wirken, daß die Grenzabsperrung für Vieheinfuhr aufgehoben werde. Die württembergischen Städte sollen unter Stuttgarts Führung sich den Bestrebungen anderer Städte anschließen. Der Oberbürgermeister Gauß erwiderte, er halte es für eine Aufgabe der Stadtverwaltung, für die Versorgung der Einwohnerzahl mit Lebensmitteln einzutreten. Er halte es aber für wünschenswert, auf Grund der Erhebungen des Statistischen Amtes, die ihrem Abschluß nahe seien, sorgfältig fundierte Einwände gegen den Widerstand in Berlin vorzubereiten.

Ein gleichartiges Vorgehen der socialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder wird aus München gemeldet.

Kalajew.

Die Ueberantwortung des Studenten Kalajew an die russischen Gensersleute setzt allgemein alle offiziellen Federn in Bewegung. Auch die Münchener „Allgemeine Zeitung“ unternimmt in einem längeren Artikel eines Berliner Korrespondenten den Versuch einer Verteidigung der preussischen Regierung. Dieser Versuch beschränkt sich aber auch hier nur auf wahrhaft kindische Verdrehungsmanöver. Der Offiziosus sagt:

Zunächst wird die Sache so dargestellt, daß der flüchtige Verurtheilte den Eindruck empfangen muß, als ob Kalajew sich nicht nach deutschem, sondern nur nach russischem Gesetz strafbar gemacht habe. Das ist falsch. Wäre Kalajew nicht Russe, sondern deutscher Reichsangehöriger gewesen, so wäre genau ebenso das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet worden, wie es jetzt geschehen ist. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Staatsanwaltschaft dem Ausländer gegenüber von dem Recht Gebrauch machte, das Material der Untersuchung, sobald sich der Verdacht hinreichend bestätigt hatte, der Landespolizeibehörde zu übergeben, die sodann die Anklage verfaßt.

Der unmissige Lärm wird herbeigetragen, um die Auslieferung zu beschleunigen. Hätte Kalajew sich einer nach deutschem Gesetz strafbaren Handlung schuldig gemacht, so müßte ihn die Staatsanwaltschaft in Anklage versetzen und dem deutschen Gericht die Aburteilung zuweisen, auch wenn der Beschuldigte nicht Reichsangehöriger, sondern Ausländer wäre. Und jedenfalls würde es für Kalajew, wenn er nach deutschem Gesetz strafbar wäre, weit günstiger gewesen sein, in deutschen Strafprozess und nach dem deutschen Strafgesetzbuch verhandelt zu werden, als der russischen Willkür und blutdürstigen Grausamkeit zu verfallen.

Die „Allgemeine Zeitung“ erklärt weiter, die Auslieferung Kalajews sei gerechtfertigt auf Grund der Abmachungen, welche die Regierungen unter einander getroffen hätten zum Schutze gegen anarchistische Attentate. Nur eine Publizistik, die jede Empfindung für die Ehre ihres Berufs verloren, vermag die Wälschler des russischen Absolutismus auf eine Stufe zu stellen mit Individuen, die in parlamentarisch regierten Ländern wahrnehmbare Unthaten an gleichgültigen und politisch schuldlosen Personen verüben. Aber Kalajew ist überhaupt nicht „Anarchist“, sondern russisch-polnischer Socialist. Er halte, wie nenerdings der „Wesl. Volkswacht“ bekannt wird, socialistische Schriften in polnischer und russischer Sprache bei sich, als er verhaftet wurde. Der „Anarchismus“ des Studenten wurde „erwiesen“, indem der von der preussischen Polizei herbeigeholte russische Gendarmeriekapitän „begutachtete“, daß die beschlagnahmten Schriften „staatsgefährlich (für Rußland) und anarchistisch“ seien, und auf Grund dieses schließlichen Zeugnisses wurde die Auslieferung durchgeführt. Die Abscheulichkeit des Verfahrens zeigt sich um so erschreckender, je mehr alle Einzelheiten desselben bekannt werden.

Es ist auch auf die besonderen Ortsverhältnisse hinzuweisen, in denen der Schergenendienst für die heilige Amte verrichtet wurde; es wird hierüber berichtet:

Wer die Ortsverhältnisse in Myslowitz kennt, der weiß, wie eigenartig sich eine Ausweisung nach Rußland gestalten muß. Myslowitz liegt an der Dreikaiserrede, übrigens der einzigen Stelle in der Welt, wo an einem Punkte drei Kaiserreiche zusammenstoßen. Vom Myslowitzer Polizeigebäude beträgt die Entfernung nach Oesterreich und nach Rußland je zehn Minuten. Diese zehn Minuten nach Oesterreich über den Bahndamm sich eventuell mit Polizeibeamten zu begeben, ist dem Studenten Kalajew verweigert worden. Nach Rußland gelangt man von Myslowitz nur über die große Przemyslbrücke, da der Przemyslfluß die Grenze bildet. An dieser Brücke steht die russische Grenzwaage, der Eintritt in das Land ist nur gegen Vorzeigung eines Passes möglich, die Ausweisung nach Rußland kann daher nur erfolgen, indem Kalajew der Grenzwaage übergeben wurde. Das nennt man mit seiner Unterscheidung Ausweisung nach Rußland und leugnet eine Auslieferung an Rußland ab. —

Das Volkstheater, in dem Regierung und Ueberzöcher mit verteilten Rollen tätig sind, dauert auch in der jetzigen Pause der parlamentarischen Beratungen fort. Eine Korrespondenz verbreitet über die Stimmung, die bezüglich des Poltariffs in der Regierung herrschen sollte, folgendes:

„In Schoße der verbludeten Regierung soll die Hoffnung so gut wie aufgegeben sein, daß an dem Labrynth des Poltariffs ein geeigneter Weg zur Abschließung brauchbarer Handelsverträge führen werde. Gewinnt diese pessimistische Auffassung aber noch mehr Oberwasser, dann schwindet auch bei der Regierungselite die Lust zu Konzessionen an die Kommissionsmehrheit. Trotzdem wird freilich regierungsfreudig auf der Durchberatung des Entwurfs in der Kommission und im Plenum des Reichstages bestanden werden. Graf Bülow, Graf Posadowsky erhalten eben die gewünschte Quittung, daß mit diesem Reichstage

der Poltariff nicht fertiggestellt ist. Auf Grund des bisherigen neuen Entwurfs wird in Unterhandlungen mit den andern Vertragsstaaten eingetreten werden.“

Durch solche Rote sollen die Agrarier zur Nachgiebigkeit gedrängt werden. Man sagt ihnen: Wenn ihr nicht nachgibt, so kommt der Tarif überhaupt nicht zu Stande und die Landwirtschaft hat das Nachsehen.

Die Agrarier wiederum, das Centrum sowie die Konservativen, spielen andauernd die ehern Unentwegten und fordern, daß die Regierung den überzöcherischen Forderungen weichen solle, sonst verliere sie alles Vertrauen bei der „Landwirtschaft“ und die Stellung des Grafen Bülow werde erschüttert.

So sucht man sich gegenseitig zu bedrohen und man droht so festig, daß man fast vergißt, daß nur Theater gespielt wird? —

Volkstheater auf der Centrumparade.

Die heftige Gärung, die sich innerhalb der christlichen Gewerksvereine gegen die Zollwucher-Politik bemerkbar macht und die schon in zahlreichen Versammlungen und Zeitungsaufstellungen explodiert, verriet in der Donnerstagabend der Generalversammlung der katholischen Deutschlands auch eine Auseinandersetzung, die sich zwischen dem Arbeitersekretär Giesberts und dem bayerischen Centrums-Agrarier Dr. Heim abspielte. In einem längeren rednerischen Klingenkampf kam es freilich nicht, da die Geschäftsordnungs-Kommission einer „Debatte in dieser Form“ jäh ein Ende bereite. Allein das kurze Wetterleuchten wirkte auch so in der ständigen Atmosphäre der nur durch trampfaste Kalauer für Augenblicke stimulierten schlaftrigen Versammlung anfrühlend genug.

Es handelte sich um die Erörterung des Themas „Arbeitslosigkeit“, zu dem folgender, von einem Ausschuss empfohlener Antrag vorlag:

„Die Generalversammlung lenkt die Aufmerksamkeit der katholischen Socialpolitiker auf die infolge des Niederganges der Industrie neuerdings wiederum eingetretene Arbeitslosigkeit, die zu einer bedauernden Begleiterscheinung der industriellen Entwicklung geworden ist. Als Mittel und Wege zur Verhütung der Arbeitslosigkeit wie zur Milderung ihrer harten Folgen sind vor allem zu empfehlen der Ausbau des Arbeitsvermittlungswesens, die Verkürzung der Arbeitszeit an Stelle von Arbeiterentlassungen; ferner Bereitstellung von Mitteln zur Ausführung von Nothstandsarbeiten durch staatliche und kommunale Verwaltungsbüroen. Des weiteren sind, um den unverschuldeten arbeitslosen Arbeiter vor den Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen, Institutionen zu schaffen, unter Heranziehung von Arbeitern und Arbeitgebern, Staat und Gemeinden, welche dem Arbeiter die Möglichkeit bieten, sich durch Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen.“

Dieser Resolution wollte Dr. Heim noch ein agrarisches, die Zollpolitik des Centrums sanktionierendes und anfeuerndes Schwänzchen folgendes Inhalts angehängt haben:

„Gleichzeitig bringt die Versammlung zum Ausdruck, daß sie in einer kräftigen Abhilfe der traurigen Lage der Landwirtschaft eines der besten Mittel erblickt, um die Abwanderung ländlicher Arbeitskraft nach den Städten und Industriezentren und der daraus folgenden Arbeitskonkurrenz zu vermindern.“

Weniger gegen diesen Zusatzantrag selbst als gegen dessen Begründung im verhängenen Schöße des vorbereitenden Ausschusses, der, wie Dr. Heim erklärte, auch diesen Antrag gebilligt habe, wendete sich mit einer auf den Centrumparaden bisher wahrscheinlich merkwürdigen Schärfe der Kölner Arbeitersekretär Giesberts, der ausführte:

„Ich bin nicht grundsätzlich gegen den Zusatzantrag, ich bin aber der Ansicht, daß er nicht an diese Stelle gehört. Deshalb erlaube ich, den Zusatzantrag abzulehnen. Es sind gestern im Ausschuss einige Aeußerungen gefallen, die ich wegen der Kürze der Zeit nicht mehr zurückerufen konnte, ich fühle mich aber genötigt, dies hier nachzuholen. Es ist gesagt worden: die Arbeiter fahren, wenn sie Geld verdienen in Droschken. Ich bemerke: die Maurergesellen sind ebenso berechtigt, für ihr Geld Droschke zu fahren, wie die fetttrinkenden Agrarier. (Weringeltes Bravo). Es ist ferner im Ausschuss gesagt worden: der Arbeiter hat kein Recht auf Arbeit. Ich muß als Arbeiter dagegen Protest erheben. Soll der Arbeiter bloß die Pflicht zur Arbeit haben und wenn er keine Arbeit hat, das Recht zu verhungern? Ich bedauere die erwähnten Aeußerungen, die ich als Arbeiter nicht unwiderrprochen lassen kann.“ (Weringeltes Beifall.)

Auch der Vorsitzende des christlichen Vergarbeiter-Vereins, August Wurst (Münchener), erklärte:

„Ich schreibe mich den Ausführungen meines Freundes Giesberts vollständig an und muß ebenfalls, den Zusatzantrag des Dr. Heim, schon der Form wegen, abzulehnen. Der Zusatzantrag paßt jedenfalls nicht zum Thema der Arbeitslosigkeit. Wenn die Landwirtschaft den Arbeitermangel bekämpfen will, dann thut sie am besten, daß sie ihre Arbeiter auskömmlich bezahlt.“ (Weringeltes Beifall.)

Der Zusatzantrag des Dr. Heim gelangte trotzdem gegen etwa zehn Stimmen zur Annahme.

Diese Episode, so belanglos sie an sich erscheinen möchte, verdient immerhin Beachtung. Auf der Versammlung selbst soll sie geradezu Sensation erregt haben. Dr. Heim soll über den Widerspruch aufs höchste erregt gewesen und nur mit Mühe zu beruhigen gewesen sein. Schließlich soll man ihn sogar aus dem Saale haben geleiten müssen, so war dem Manne die Tonart der Erklärungen der Arbeitervertreter auf die Nerven gefallen. Offenbar glaubte er sich in den Reichstag und socialdemokratischen Gegnern gegenüber verfehlt. Und wie ihm mag es einem großen Teil der hochwürdigen Versammlung gegangen sein, denen mit einemmal die Augen darüber aufgingen, daß sie in den christlichen Gewerkschafts-Organisationen möglicherweise eine Schlange an ihrem Busen großzügigen.

Die Herren Giesberts und Wurst selbst wendeten sich nicht principiell gegen den Antrag. Wenn sie ihn trotzdem so entschieden bekämpfen zu müssen glaubten, so verriet das die Furcht vor ihren Auftraggebern, der Masse der christlichen Gewerksvereine. Diese Furcht zwang sie, formale Gründe vorzuschleichen, um den Zusatzantrag bekämpfen zu können. Um die Schwächlichkeit dieses Standpunktes zu verdeutlichen, ergingen sie sich in unsso schärferen Ausführungen gegen allerlei Kreuzzüge in der Ausschussführung, die allerdings alles eher als Verständnis für auch nur die elementarsten Forderungen der Arbeiterklasse verraten haben müssen. Interessant ist dabei, daß in der Ausschussführung den Vertretern der christlichen Gewerksvereine ebenso wenig eine genügende Redefreiheit gewährt wurde, wie in dem Plenum der Versammlung, wo man den Giesberts und Wurst einfach das Wort abschneidte und sie durch die pfäfflich-agrarische Majorität einfach glatt niedergestimmt wurden.

Wir sind weit davon entfernt, die in der Sache schwächliche, wenn auch in der Form kräftige Opposition gegen den Zollwucher und die Arbeiterbeschädigung des Centrums zu überschätzen. Aber daß die Giesberts und Wurst dem Katholikentag ein solches Argerniß bereiten müßten, beweist, wo die Achilleswunde des Centrums liegt und wo die Hebel unsrer Agitation angelegt werden können. —

Weitere Sühnopfer der Duellfeier. Aus Gumbinnen wird gemeldet: Die Vorgesetzten der gemäßigten Offiziere, der Regimentskommandeur Oberstleutnant Weig und Major Diederhoff, sind ersucht worden, ihr Abschiedsgesuch einzurücken, was auch sofort geschehen ist.

Wenn es richtig ist, daß der Oberstleutnant und der Major persönlich gänzlich unbeteiligt an der Duellfeier gewesen sind, wenn die Maßregelung sie nur trifft, weil in ihrem Truppenteil die Duellverherrlichung für Lieutenant Hildebrand geschah, so kann ihre Verabschiedung gerade von denen nicht gebilligt werden, die das Duell und die Duellverherrlichung am rücksichtslosesten verwerfen.

Es scheint nun bei einer oberen Militärinstanz ein Akt Maßregelungsvot zu beabsichtigen, die erregten öffentlichen Meinung ausgedrückt zu sein. Anstatt aber unbeteiligte Truppensführer auf Kosten von pensionierten, sollte die Militärbehörde ihre Verantwortlichkeit für Begnadigungen von Duellanten scharf fassen!

Löhnung. Zur Löhnungs-Affaire geht eine Mitteilung offiziösen Ursprungs durch die Presse. Herr v. Rheinbaben ist von der Reise zurückgekehrt und hat befunden, daß der Oberpräsident v. Ritter Oberpräsident in Posen bleiben soll. Herr v. Ritter ist also offenbar trotz seiner Äußerung, daß die Polenpolitik dem Steuerdirektor Löhnung nicht den Hals brechen könne, als hinreichend polenphobisch befunden worden.

Auf den Vorwurf der Unwahrheit, den Herr Löhnung gegen ihn erhoben, verharret der Minister auch nach der Parteienkräftigung in Schweigen.

114 Schritt in der Minute. Man meldet: Die Schrittprobe für die am Sonntag stattfindende Parade wurde am Donnerstagabend mittags von 3 Uhr ab auf dem Tempelhofer Felde abgehalten. Unter Leitung eines Adjutanten vom Generalkommando wurde der Marsch mit 114 Schritt in der Minute eingeleitet. Dies geschah zunächst brigadenweise, dann vor der einsamen Pappel in der Gesamtheit.

Welche Zeit wird durch diesen ganz überflüssigen Drill vergeudet! Seit wieviel Wochen mögen die Regimenter, Bataillone und Compagnien diesen Parade-marsch — 114 Schritt in der Minute — im Schweiße ihres Angesichts geübt haben. Die Dienstzeit muß doch ausgefüllt werden. Ob man auch in dem Tempo von 114 Schritt in der Minute gegen den Feind anrücken wird? Oder ob man einmal in diesem stolzen Heldenmarsch den Rückzug antreten wird? Was lehrt der Boerenzug? Parade-marsch, 114 Schritt in der Minute!

Die Wismar-Begeisterung, die nur bis an den — Geldbeutel geht und über die wir eben nach dem „Hamb. Fremdenbl.“ ein erhebendes Gemälde berichten konnten, zeigt sich ebenso drastisch auch anderwärts, soweit solche „Internia“ überhaupt an die Öffentlichkeit kommen. So wird uns aus Erfurt berichtet, daß der dortige Wismar-Säulen-Verein seine Wismar-Begeisterung sogar so weit treiben wollte, an die Stadt Erfurt seine — Schulden zu verschenken. Der genannte Verein hatte, mit großem Lamtam natürlich, Erfurt auch mit so einer Wismar-Säule beschenken wollen, es auch so weit fertig bekommen. — Nur schade, daß er noch 2500 M. Schulden von dem Bau hatte. Vor kurzem drängte es nun und er wollte den ganzen Kumpel mit den — Schulden, wie gesagt, der Stadt Erfurt „schenken“. Die Stadtverwaltung ist aber so vernünftig, nur schuldenfreie Geschenke zu akzeptieren und hat das naive Ansuchen daher vorerst dankend abgewiesen, bis die besagten 2500 M. Schulden getilgt sind. Für diese 2500 M. wird jetzt mit den patriotischsten Gründen besonders bei den Erfurter Handwerkern geschnorrt. Es kann lange dauern, bis sie zusammen sind und die Wismar-Begeisterung befreit von den engenden Schuldfesseln wieder ungehemmt dahinfluten kann.

Weimar, 28. August. (Fig. Ver.) Eine ganz ungewöhnliche Erregung hat die hiesige Lehrerschaft ergriffen. Seit langem sind hier die Lehrer und in allererster Linie natürlich die Volksschullehrer derart überhäuft durch die wachsende Schülerzahl, wie kaum wo anders im Großherzogtum, obwohl in ihm überall die Lehrerzahl zurückgeht und die Schülerzahl enorm wächst. Jetzt hatten endlich der Gemeindevorstand und Volksschulvorstand ein Einsehen und hatten bei der Regierung die Zuweisung zweier neuer Lehrer zum 1. Oktober beantragt. Weit gefehlt, daß die Regierung auf dies billige Verlangen irgendwie einging, ist sie gerade entgegengesetzt vorgegangen! Sie hat angeordnet, daß vom 1. Oktober ab die Volksschullehrer der Stadt wöchentlich zwei Unterrichtsstunden mehr zu geben haben, und daß die durchschnittliche Stundenzahl, die jeder Volksschullehrer wöchentlich unterrichten muß, auf 20 Stunden erhöht wird. Diese Anordnung soll aber noch dazu nicht eine vorübergehende, sondern eine dauernde sein und die Lehrer sollen für diese Mehrleistung auch keine Entschädigung erhalten! Und das alles lediglich aus Sparmaßregeln, weil für die Schulen im Staate Goethes und Schillers kein Geld mehr da ist!

Die Lehrer Weimars zeigen nun aber erfreulicherweise diesem rigorosen Vorgehen gegenüber einiges Rückgrat. Sie haben zunächst in einer gemeinsamen, wohlbegründeten Denkschrift an die Regierung unterm 15. d. M. sich gegen diese Anordnung energisch ausgesprochen und eine Menge pädagogische und hygienische Gründe dagegen geltend gemacht. Dem Schulinspektor gegenüber haben sie jedoch, wie oben, jede Verhandlung über eine Änderung des Stundenplans, die durch Befestigenbleiben der neuen Anordnungen der Regierung notwendig ist, abgelehnt, bis auf die überreichte Denkschrift eine Antwort der Regierung eingetroffen sei.

Heber ein russisches Terroristenkomitee, auf dessen „Auftrag“ hin das Attentat auf den Gouverneur von Charkow unternommen worden sei, wurden in der Presse in den letzten Tagen eingehende Berichte verbreitet. Ein „Augenzeuge“ gab z. B. nicht nur eine ganz genaue Schilderung der Vorgänge des Attentates, sondern auch über das Verhör der Verhafteten, das doch sicher unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden hat, wurden bis ins kleinste detailierte Angaben gemacht. Wir haben von diesen Berichten keine Notiz genommen, weil sie uns zu deutlich den Stempel der Unwahrscheinlichkeit zu tragen schienen. Wenn ein terroristisches Komitee existiert, in dessen Auftrag politische Attentate in Rußland vollführt werden, so wird das selbe sorgfältig vermeiden, sich durch Verbreitung derartiger Sensationsberichte in ein äußerst zweifelhaftes Licht zu setzen.

Ausland.

Schweiz.

Die Neuwahlen in Auserfisch.

Zürich, 28. August. (Fig. Ver.) Die auf nächsten Sonntag für Auserfisch angelegten Neuwahlen finden unter ganz außerordentlichen Umständen statt. Die bürgerlichen Gewerke sind nämlich ganz feige und mutlos geworden, der durch die Kassation der 27 sozialdemokratischen Wahlen vom Kantonsrat ihnen zuliebe ausgeführte Gewaltschrei hat nicht ihren Kampfesmut gehoben und ihre Siegeszuversicht bestärkt, sondern das Centralkomitee der Auserfischer Bürgerlichen zu dem verzweifeltsten Entschlusse geführt, Wahlenthaltung zu proklamieren und den Sozialdemokraten unbitig den Kampfplatz zu überlassen. Genau gesprochen, hat natürlich nicht die Kassation diese unerwartete Wirkung bei den Bürgerlichen hervorgerufen, sondern die ob des Gewaltschreies entstandene empörte Stimmung der gesamten Arbeiterschaft, die riesigen Protestversammlungen derselben und ihre eiserne Entschlossenheit, am 31. August die elenden gewaltthätigen Gegner derart in die Pflanze zu hauen, daß sie nicht mehr an ein Wiederkommen denken. Die kantonsrätlichen Staatsstreicher und ihre Auserfischer Kustierer haben sich in Bezug auf die psychologische Wirkung auf die Arbeiterschaft gründlich geirrt; sie hatten

offenbar eine „erschütternde“ Wirkung erwartet, aber nun ist das Gegenteil eingetreten — erschüttert, mutlos und feige sind die „streichenden Staatsstreicher“, lampgerüstet und siegestroh die brutal verwegenen Arbeiter. Das genannte Centralkomitee begründete seinen feigen Rückzug mit zwei Protesten, einmal gegen den angeblichen Mangel an „geeigneten“ Maßnahmen bei der Neuwahl durch die Behörden und sodann gegen die Ansetzung der Neuwahl auf den 31. August, sie hätte später stattfinden sollen. Beide Proteste sind unberechtigt, denn in der That hat der Züricher Stadtrat seinen Parteigenossen zuliebe Maßnahmen getroffen, die in schroffem Widerspruch zum Gesetz stehen und andererseits mußte man ja meinen, daß die Kabaumacher und Staatsstreicher längst ihre Vorbereitungen für eine Neuwahl getroffen hätten. Oder hatten sie gar nicht auf einen Erfolg ihres Schwindeltruges gehofft und waren von dem Staatsstreich des Kantonsrates überroffen? Die Versammlung der Bürgerlichen hat nun aber Wahlbeteiligung beschlossen, aber nur mit 12 Kandidaten, da 15 eine nochmalige Kandidatur ablehnten, also Deroute bei den „Siegen“. Die Sozialdemokraten notieren wiederum ihre 27 Kandidaten und sie werden siegen. —

Rußland.

Heber den Rossland unter Industrie-Arbeitern berichtet die „Kreuz-Zeitung“: Aus dem Gouvernemente Nowgorod vernimmt man schlimme Nachrichten über die Kollage der Bevölkerung als Folge einer starken wirtschaftlichen Krise. Eine Anzahl Fabriken hat ihre Thätigkeit einstellen müssen, und andre stehen im Begriffe, es zu thun. Infolgedessen sind eine Menge Arbeiter erwerbslos geworden und befinden sich in großer Not. Schon gleich nach Ostern wurden in mehreren Fabriken Hunderte entlassen und das hat sich nicht nur fortgesetzt, sondern wird noch mindestens bis zum Schluß des Jahres dauern. Es sind Tausende, die auf diese Weise brotlos geworden sind. Die Gesamtzahl wird mit Frauen und Kindern, die allerdings nicht alle in der Fabrik arbeiten, auf über 20000 Personen geschätzt. Die meisten von ihnen besitzen keine Landanteile, sie suchen ihren Erwerb nur in den Fabriken. Die Gouvernementslandwirtschaft hat sich mit dieser Frage in einer nur zu diesem Zweck einberufenen Versammlung beschäftigt, ist aber zu keinem rechten Ergebnis gelangt. Um das Elend der Arbeitslosigkeit zu mildern, will man öffentliche Arbeiten in den betreffenden Kreisen einrichten, aber dazu sind bedeutende Mittel erforderlich, und über die verfügt die Landtschaft jedenfalls nicht. Man hat sich deshalb zunächst an die Regierung gewandt und um 150000 Rubel gebittet, mit denen man für den Anfang etwas unternehmen zu können glaubt. Leider ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß die Landchaft beim gegenwärtigen Geldmangel und der ohnehin starken Zuanpruchnahme des Staatskassens diese Summe erhält. Das Elend, welches in Rußland herrscht, äußert sich auf den verschiedensten Gebieten. —

Amerika.

Eine Entscheidungsschlacht soll wieder einmal in Venezuela bevorstehen. Nach einem Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ aus New York gilt eine entscheidende Schlacht zwischen der Armee Castros und den Revolutionären als bevorstehend, da beide Teile unweit von Ocumbro stehen. —

Partei-Nachrichten.

Gänzlich unberechtigte Vorwürfe erhebt Genosse Helphand in wiederholten Artikeln seiner Korrespondenz für Parteiblätter gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Diese soll den Kampf für den Achtstundentag nicht genügend geführt haben, weil sie nicht einen ausführlichen Gesekentwurf beantragt habe. Helphand meint u. a.: „Es ist nicht die erste Legislaturperiode, die unbenutzt abläuft!“ und er erhebt den Vorwurf, daß die Fraktion mit der bürgerlichen Reformimpulse liebäugelt und so die Partei diskreditiere!

Es ist höchst erstaunlich, daß sich einige Parteiblätter finden, die diese gänzlich verkehrten Anschuldigungen kritiklos weitergeben. Wir haben keinen Anlaß, uns nochmals mit denselben zu befassen, da wir sie schon vor Monaten hinreichend in ihrer Richtigkeit erwiesen haben. —

Zum Parteitag saßen die Genossen des Wahlkreises Württemberg-Laub an folgende Beschlüsse:

1. „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, vor den nächsten Reichstagswahlen rechtzeitig ein kleines W.-G.-Mittelchen herauszugeben. In dem Mittelchen sollen nur die für den Kleinkampf (z. B. die Agitation am Viertisch, bei der Flugblattverbreitung etc.) notwendigen Zahlen, Daten und Citate nach die Materie leicht faßlich kennzeichnenden Stichworten alphabetisch geordnet enthalten sein. Der Preis des Mittelchens soll bei Massenbezug 30 Pf. nicht übersteigen.“

2. „Der Parteitag wünscht, daß der „Wahre Jacob“ wieder, wie in früheren Jahren, mehr belehrende Artikel bringt.“

Reichstags-Kandidaturen. Eine Kreisconferenz des Wahlkreises Duisburg-Mülheim-Muhrort nominierte einstimmig den Genossen Hengsbach-Köln als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl. — Auf einer Kreisconferenz in Iserlohn wurde der Genosse Redacteur Gewehr-Eisfeld als Kandidat aufgestellt.

Für den 6. hannoverschen Wahlkreis laudidiert nach den Beschlüssen der Kreisconferenz Genosse Henke in Bremen.

Politikales, Gerichtliches usw.

Zum Kampf gegen die polnischen Sozialisten. Eine Hausdurchsuchung in der Redaktion der „Gazeta Robotnicza“ hat vorgefunden durch den obersteichenden Grenzkommissar Wäbler-Deutzen stattgefunden. Man fanderte nach den Manuskripten einiger Zeitungsartikel. Die Hausdurchsuchung hatte keinen Erfolg.

Mit dem Vereinsgesetz lebt der stellvertretende Amtsvorsteher in Groß-Rendorf bei Weig in Schlesien offenbar auf sehr gespanntem Fuße. In dem zu diesem Amtsbegriff gehörigen Dorfe Tschaplowitz sollte Sonntag, den 24. August, **vormittags**, eine öffentliche Steinscher-Versammlung stattfinden, die von Götzky aus angesetzt war. Auf die Anmeldung erhielt der Einberufer statt des vorgeschriebenen Ammelde-Bekundung diese Mitteilung: Groß-Rendorf, den 20. 8. 02.

Herrn Götzky. Die Siehe Götzky.
Zur gest. Kenntnisnahme, daß eine Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung in dem Lokal des Gastwirts Hildebrand in Tschaplowitz nicht erteilt werden kann, da für Sonntag, den 24. d. M., das Erntefest festgesetzt worden ist und in dem Saale des Herrn Hildebrand Tanzmusik stattfinden. Derselbe kann also kaum Ihnen den Saal für Sonntag zur Verfügung gestellt haben und bedürfte ich für einen späteren Fall eines schriftlichen Nachweises, das Ihnen der Gastwirt den Saal zur Verfügung stellt.
Der Amtsvorsteher.
3. 8. Seidel.

Aller Vorstellungen ungeachtet blieb der Herr in Weig seiner Polizeiallmacht auf seinem ungeheuren Weisheit stehen. Dabei ist noch zu bemerken, daß der Herr gar nicht daran dachte, sein Lokal zur der Versammlung zu verweigern; das Entsetzt war ja auch kein Hindernis, da der Tanz natürlich erst abends war. Uebrigens war das Verbot der Versammlung infolgedessen unwirksam, als sich die zahlreiche erschienenen Steinscher am Viertisch über ihre Berufsfragen unterhielten.

So arbeitet die preussische Polizei eifrig an der Stärkung ihrer Autorität.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 29. August 1902.

Von der Börse nichts Neues. Die Widerstandsfähigkeit der Spekulation, die schon im vorigen Wochenbericht konstatiert wurde, zeigte sich auch in dieser Woche und fand an der festen Tendenz

steigender Börsen Unterstützung. Dazu kam, daß man in den Börsenkreisen die Verhältnisse des amerikanischen Marktes wesentlich günstiger zu beurteilen beginnt. Die Nachfrage nach Fertigarware aus dem amerikanischen Eisenmarkt hat sich zwar noch mehr vermindert, aber das Erste-Ergebnis stellt sich nunmehr als ein die früheren Erwartungen beträchtlich übersteigendes heraus, und die bedeutenden Getreideversicherungen versprechen dem Verkehr neue Mittel zuzuführen und den Geldmarkt zu erleichtern. So schließt trotz der Geschäftsunlust, die sich wieder nach Beendigung der Schließung für den Reise gehenden Monat eingestellt hat, die Woche auf fast allen Gebieten mit Ausbesserungen. —

Auf dem Viehmarkt sind die Preise noch immer im Steigen begriffen. Die Preise für Schweine stehen schon seit Jahresfrist außergewöhnlich hoch, trotzdem haben sie in letzter Zeit noch weiter angezogen, und auch die Preise für Rindvieh und Schafe sind seit einigen Wochen beträchtlich in die Höhe gegangen. Als Hauptursache muß die angeblich aus Gesundheitsrücksichten aufricht erhaltene Grenzsperrung betrachtet werden; doch ist es diese nicht allein. Es kommt hinzu, daß das laufende Jahr ein sogenanntes gutes Futterjahr ist, das infolge seiner reichlichen Futterproduktion dem Landwirt die Viehzucht erleichtert und ihn davon absehen läßt, manches Stück Vieh, das er im anderen Fall veräußern würde, zu verkaufen. Und drittens sind fast überall, selbst in den Vereinigten Staaten, die Viehpreise in den letzten Monaten mehr oder weniger in die Höhe gegangen, wenn sie natürlich auch jenseits der deutschen Grenze, in Rußland, Oestreich, Holland etc. noch immer um ein Beträchtliches niedriger sind als auf deutschem Gebiet. Die agrarische Presse will allerdings diese Wirkung der Einfuhr-Sperrung nicht zugeben und sucht nach allerlei sonstigen Gründen. Alles Gerede aber schafft nicht die einfache Tatsache aus der Welt, daß in den fremdlandischen Grenzgebieten, die an Deutschland stoßen, die Vieh- und speziell die Schweinepreise zwanzig bis dreißig Prozent niedriger sind und daher, wenn die Absperzung der Zufuhr aufhörte, die Preise des deutschen Inlandsmarktes sofort um ein Bedeutendes fallen würden.

Natürlich sucht die eine Erwerbsschicht der andern die Schuld an der Steigerung der Fleischpreise zuzuschreiben, unter der, wie immer, die Arbeiterbevölkerung am schwersten leidet. Die Agrarier schieben die Schuld auf die Viehhändler, und diese wieder im Verein mit den Fleischern auf die Landwirte, die nicht genug produzieren, um den Markt versorgen zu können, und doch an dessen Abkühlung gegen fremde Zufuhren festhalten. Eine Variation der Geschichte vom Rind und Hahni, die alle beide stanken. Daß der Viehhandel, wo er kann, sein Geschäft macht und sich durch überflüssige Spekulation nicht fördern läßt, ist bekannt, und ebenso darf man die Klagen der Schlächter nicht allzu schwer nehmen. Das „Offenbacher Abendbl.“ hatte leider recht, als es kürzlich meinte, die patriarchalischen Metzgereien dürften bei der Steigerung der Fleischpreise über das Notwendige hinaus nachgeholfen haben. Die Viehmarktnotierungen und ihr Vergleich mit den jetzigen Fleischpreisen zeigt, daß, wenn die Preise für Lebendgewicht um 4-5 und für Schlachtgewicht um 6-8 Proz. gestiegen sind, die Schlächter ihre Preise vielfach um 15 Proz. und mehr erhöht haben. Es ist kaum fraglich, daß mancher Schlächter, der gute bürgerliche Kundschafft hat, welche die verlangten Preise bezahlt und ihren Konsum nicht einschränkt, bei den heutigen hohen Preisen mehr profitiert als früher. Den kleinen Fleischern, die inmitten einer Arbeiterbevölkerung sitzen, geht es allerdings weniger gut. Der Preisanschlag läßt sich hier nicht so leicht durchsetzen, und vor allem hat jede Preissteigerung sofort einen Rückgang des Konsums zur Folge. Die Arbeiterfrau, die bisher regelmäßig 1/2 Pfund holte, muß sich einrichten, und an einem oder zwei Tagen der Woche giebt es ohne Fleisch zubereitete Speisen.

Mr. Roosevelt, der seine Repräsentationspflichten ebenso ernst nimmt, wie einst Felix Faure, macht zur Zeit nach dem Beispiel europäischer Herrscher Reisen durch sein Land und hält bei dieser Gelegenheit allerlei Reden — zwar nicht über alte und moderne Richtungen in der Kunst und über das Mediceische Zeitalter, aber über Traktat und Zollpolitik. Besonders seine am 23. d. M. in Providence (Rhode Island) gehaltene Rede bietet der Presse Stoff zu gefühlvollen Betrachtungen, in deren Verlauf der eine Teil zu der Folgerung kommt, Mr. Roosevelt beabsichtige, sich dem Joch der in der republikanischen Partei mahngelenden Trustmagnaten zu entziehen und an das amerikanische Volk zu appellieren, um den Uebermut der Trusts zu brechen, während ein anderer Teil findet, das Herrn Roosevelts Rede noch nichts sagender ist, wie sonst meist die Reden von Staatschätzern zu sein pflegen, und kaum einen andern Zweck haben dürfte, als durch kleine, zu nichts verpflichtende Zugeständnisse an die Masse der Antitrustler billige Popularität zu erwerben.

Wo so verschiedene Folgerungen aus demselben Wortlaut gezogen werden, ist dieser gewöhnlich nicht gerade klar, und thatsächlich bietet das von Roosevelt Gesagte dem auch nur eine Paraphrase seiner Vorkonkordanzfassungen vom vorigen Jahre. Wie in dieser Beziehung Roosevelt die industriellen „Combinations“ (Verbündungen) als höchst nützlich pries und nur eine gewisse Beaufsichtigung verlangte, die jedoch mit „größerer Zurückhaltung“ ausgeführt werden müsse, so heißt es auch jetzt wieder, unter den heutigen Verhältnissen sei es ebenso notwendig, Verbände in der Geschäftswelt zu haben, wie Organisationen unter den Arbeitern, doch hätte die Nation ein Recht, von beiden zu verlangen, daß sie „Gutes und nicht Böses stiften“. Deshalb wäre Beaufsichtigung nötig. Die Nation müsse die Macht der Kontrolle auf dem Wege der Gesetzgebung erhalten; aber diese Macht müsse „mit Mäßigkeit und Zurückhaltung“ ausgeübt werden.

Das ist nichts als ein Spielchen mit Redensarten, und wer daraus die Folgerung ableitet, es solle unter Roosevelts Führung die Trusts zum Angriff übergegangen werden, muß nicht nur von der Auffassung und Macht des Präsidenten, sondern auch von den amerikanischen Parteiverhältnissen eine seltsame Meinung haben. Charakteristisch ist, daß die im Dienst der Trusts stehende Presse sich zwar etwas verstimmt über die Redseligkeit Roosevelts zeigt, aber nicht etwa, weil sie meint, es könnten die obigen Phrasen die Einleitung zu einem ersten gesetzgeberischen Vorgehen sein, sondern weil sie der Ansicht ist, die Antitrustbewegung könne einzelne Sätze Roosevelts agitatorisch ausnützen. Und um ihrem „Manager“ (Geschäftsführer) für zukünftige Fälle etwas mehr Schweigen nahezusetzen, fragen die Parteiblätter ziemlich offen, wer denn, wenn die Trusts nicht beschränkt, bei künftigen Wahlen die Kosten der republikanischen Wahlkation tragen solle.

Als temperamentvoller Politiker, der sich trotz seines ausgeprägten Parteicharakters gern dem amerikanischen Volk stellt, zeigt, beugt Herr Roosevelt die Gelegenheit, den Leuten, die in den Preistreibern der Trusts ein Paar gefunden haben, zu erklären, daß auch er finde, die Trusts stifteten manchmal „Böses“ und daß gegen dieses Böse die Nation einschreiten müsse. Solche Zugeständnisse verpflichten zu nichts und machen doch Eindruck. Jedem ist nicht ausgefallen, daß wenn ein wirtschaftlicher Rückschlag erfolgt und die Stimmung gegen die Trusts an Breite gewinnt, die demokratische Partei, da das Schlagwort vom „goldenen Kreuz“ und den fetten „Goldwangen“ nicht mehr zieht, die Parole: „Gegen die Trusts!“ ausgiebt, und in diesem Fall würde durch die billigen Deklamationen Roosevelts den Demokraten eine gute Waise aus ihren Segeln genommen.

Zeitungen, die Roosevelts „smarte“ (geriebene) Rede als Energie hien, daß er doch vom General-Staatsanwalt ein Gutachten über die Ungefährlichkeit der Verschmelzung der Northern Pacific mit der Great Northern-Bahn empfangen habe, und daß er weiter sich in der Frage, welche Postermäßigungen Auda gewährt werden sollen, auf die Seite jenes Teils der republikanischen Partei geschlagen habe, der für die weitgehenden Zollnachlässe sei. Nur wird dabei vergessen, daß obgleich der Generalstaatsanwalt die Verschmelzung der beiden Bahnen als ungesetzlich bezeichnet hat, doch immer nichts von einem energischen Vorgehen gegen die Northern Securities Co. (den zum Erwerb der Aktien der beiden Eisenbahnen gebildeten Trust) zu hören ist. Und was die kubanische Postfrage anbelangt, so ist die republikanische Partei gespalten, und zwar sind es gerade die Großkapitalisten, die für die

größeren Forderungen eintreten, ganz erklärlicherweise, da sie zum großen Teil Zucker- und Tabakplantagen, Wein u. a. auf Cuba erworben haben und die Insel als günstigen Kapitalanlageort betrachten. Sogar Roosevelt hat sich gegen den Uebergriffen der Kräfte zu wehren, dann mühten sich seine Angriffe gegen den Protektionismus richten, der nicht nur die Entwicklung des Kontinents enorm gefördert hat, sondern den Trümern auch die Bedingungen für die jetzigen Freistreibereien liefert. Es ist aber bisher noch keine einzige Thatsache bekannt geworden, daß Roosevelt nicht mehr zu den Sägen seiner vorjährigen Volkstheorie, in denen er das amerikanische Politiksystem als Produkt höchster nationaler Politik pries, Tat.

Aus Industrie und Handel.

Große Geschäftskrise im Gastwirtsgerwerbe herrscht gegenwärtig, namentlich in Berlin. Der Einfluß der ungenügenden Bitterung hat sich in den vielen Gartenlokalsitäten Berlins und der Umgegend demnach nachteilig geäußert, daß nicht wenige Inhaber großer Etablissements mit erheblichen Zahlungsschwierigkeiten zu kämpfen haben. Unter den Kellnern herrscht eine Arbeitslosigkeit, wie sie noch selten während des Sommers zu beobachten gewesen ist. Die Fachvereine der Kellner warnen in der Presse eindringlich vor Zugang nach Berlin.

Deutsche Schiffbauwerke. Die „Hamburger Nachrichten“ können aus authentischer Quelle mitteilen, daß der Lloyd Werksbüro von der Hamburger Reederei A. C. de Freitas u. Co. angekauft ist. Wie das Blatt mitteilt, wird der Lloyd in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, deren Aktien in den Besitz der genannten Firma übergehen. Es handelt sich dabei um 50 Seedampfer von ca. 40 000 Tonnen, 120 Leichter und Schlepplöße, 2 Docks und großen Grundsitz, ein Objekt von ungefähr 800 000 Pfund Sterling.

Ueber den Außenhandel Großbritanniens vom Januar bis Juli 1902 bringt der „Economist“ soeben die amtlichen Zahlen, die interessante Vergleiche ermöglichen. Während danach in der ersten Hälfte des laufenden Jahres der auswärtige Handel Großbritanniens im Vergleich zum ersten Halbjahr 1901 eine Abnahme aufzuweisen hatte, zeigt im Juli 1902 die Einfuhr gegen 1901 eine Zunahme von 2,4 Proz. und die Ausfuhr eine solche von 6,7 Proz. Diese Zunahme der Einfuhr im Monat Juli 1902 findet sich fast bei allen Warenkategorien, am meisten bei den zollfreien Rohstoffen, Eisen und bei den Fabrikaten. Unter den ersteren haben Fleisch und Mehl- und Getreideerzeugnisse die stärkste Steigerung der Einfuhr erfahren, während von Fabrikaten, deren Einfuhr sehr stark zugenommen hat, folgende zu nennen sind: Baumwoll-, Jute- und verschiedene Seidenwaren, Eisen- und Stahlwaren, Maschinen und Motorwagen. Auch zur Steigerung der Ausfuhr gegenüber dem Juli 1901 haben die meisten Warenkategorien beigetragen. Eine Ausnahme machen vor allem die Rohstoffe, was indessen ausschließlich der Abnahme des Wertes der Kohlenausfuhr zuzuschreiben ist. Obgleich 25 000 Tonnen Kohlen mehr verschifft wurden im Juli 1901, war der Wert dieser Ausfuhr um 831 100 Pf. Sterl. geringer. Neben den Rohstoffen zeigen nur die Garne und Webwaren eine geringere Ausfuhr, was vorwiegend dem Rückgang des Bedarfes für Indien zuzuschreiben ist. Andererseits hat die Verschiffung von Eisen und Eisenwaren, namentlich infolge stärkeren Abzuges nach den Vereinigten Staaten von Amerika, um 458 000 Pfund Sterling zugenommen.

Der amerikanische Weichblech-Trust hat nach einer Cassan-Meldung das letzte seiner Werte, in welchem Mitglieder der Trade Unions beschäftigt sind, geschlossen, da die Arbeiter die Lohnherabsetzung ablehnen, welche der Trust für nötig hält, um der Standard Oil Company 1/2 Millionen Platten Weichblech zu demselben Preise zu liefern, den die Werte in Wales fordern. Der Verband der Weichblecharbeiter hat an den Kongress ein Gesuch gerichtet, worin er Aufhebung des Gesetzes fordert, welches der Standard Oil Company die Einfuhr von Weichblech, das sie für Aufzugswege gebraucht, zu ermäßigten Zollätzen ermächtigt.

Vom amerikanischen Geldmarkt meldet das „Wall Street Journal“: Da die Nationalbanken ermächtigt sind, für 700 Mill. Dollar Banknoten auszugeben in der Höhe ihres gesamten Kapitals, während Banknoten nur für 338 Millionen Dollar im Umlauf sich befinden, forderte der Schatzsekretär die Hauptbanken auf, weitere Banknoten drucken zu lassen. Der Vorschlag wurde günstig aufgenommen; es besteht jedoch nicht die Absicht, die neuen Banknoten ohne weiteres auszugeben. Der Vorgang ist nur eine Vorsichtsmaßregel, um einem Mangel an barem Gelde in der Zukunft vorzubeugen.

Die Nachricht beweist, wie beengt sich noch immer der amerikanische Geldmarkt fühlt, denn die Aufforderung des Schatzsekretärs dürfte kaum dessen eigener Initiative entspringen, sondern von den Banken angeregt sein. Erst vor einigen Tagen charakterisierte die „Times“ treffend die Lage:

„Die New York Associated Banks befinden sich in einer schwachen Position. Ihre Bar-Reserve steht nicht viel über dem gesetzlich vorgeschriebenen Betrag, während die Anleihen und Diskonts sehr hoch, wenn auch unter dem höchsten Betrag dieses Jahres stehen. Der Rückweis der Banken vom Sonnabend zeigt eine Erleichterung des Status. Derselbe ist indessen hauptsächlich durch eine Verringerung in den Anlagen hervorgerufen worden, die auch durch ähnliche Mittel ersetzt worden sein können.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Arbeiter, Tischler! Die Kollegen der Pianofabrik von Ernst Koch u. Co., Weißwälderstraße 156/158, sind wegen erwermer Lohnabzüge bei den Voden-, Rasten- und Umbaumachern in den Ausstand getreten. Die Verhandlungen der Kollegen der Fabrik sowie der Organisation, eine Einigung herbeizuführen, sind von den Fabrikanten rücksichtslos zurückgewiesen worden. Wir ersuchen die Kollegen, den Zugang nach der Fabrik auf das strengste fernzuhalten.

Der Vorstand des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Zur Lohnbewegung der Bankkumpen. Entsprechend den am Mittwochabend gehaltenen Beschlüssen haben die Gesellen am Donnerstag abend dort, wo ihre Forderungen nicht anerkannt wurden, die Arbeit niedergelegt. Bis jetzt haben bewilligt 36 Firmen mit 396 Gesellen. In 60 Werkstätten mit 428 Gesellen, ruht die Arbeit. Hieraus geht hervor, daß gerade die bedeutendsten Firmen die Forderungen der Gesellen bewilligt haben.

Der paritätische Arbeitsnachweis der Typsetzer hat in der kurzen Zeit seines Bestehens in Berlin und Steglitz über 1600 Gesellen Arbeit nachgewiesen. Im Monat Juli entfielen auf Berlin bei 115 Nachfragen 805 Vermittlungen, auf Steglitz 102 Nachfragen und 33 Vermittlungen.

Die Firmen Jahnke, Gebauer, Arnold und Glatte, die sich dem gemeinsamen Arbeitsnachweis nicht angeschlossen haben, sind noch gesperrt.

Der Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands hält seine erste Generalversammlung am Sonntag und Montag in Berlin im Gewerkschaftshaus ab. Am Sonntagabend 7 Uhr findet zu Ehren der Delegierten ein Kommerz im Saal 7 des Gewerkschaftshauses statt, bei dem Gäste willkommen sind. Der Eintritt ist frei.

Deutsches Reich.

Konfektionsarbeiter. Nach Nürnberg werden von einem Herrn Gütler, bisherigen Inhaber, 600 Schneider gesucht. Da nun die Preise, die Herr Gütler bezahlen will, durchaus nicht derartige sind, die eine Existenz sichern, so wird es gut sein, wenn sich die Kollegen allerorts so erst reichlich überlegen, bevor sie nach Nürnberg gehen. Die Preise sind bis zu 100 Proz. niedriger, als dieselben sonst in Nürnberg üblich sind. Herr Gütler offeriert folgende Preise: Sado 1,30 M., Winteroberzieher einreihig 1,80 M., zweireihig 1,90 M., Hose und Weste je 60 Pf., Huzug 2,60 M. Es ist außerdem möglich, daß diese Arbeiter für einen anderen Ort bestimmt sind. Die Kollegen allerorts mögen daher doppelt auf der Hut sein.

Der Holzarbeiterstreik in Stolb i. B. dauert unverändert fort. — Die bis jetzt stattgefundenen Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Zugang ist fernzuhalten.

Der Streik der Düsseldorf-Bleikerer und Stuccateure nimmt größere Dimensionen an. Es haben sich bis jetzt 380 Stuccateure und Bleikerer (von der Gehilfenschaft aufgestellten Forderungen) angeschlossen. Von 18 Meistern, die zusammen 185 Gehilfen beschäftigen, sind die Forderungen bereits anerkannt worden; 83 Ausständige haben Düsseldorf verlassen.

Die Bauwerkzeugs-Jumung in Oberfeld hat die durch den Gesellenausfluß eingetragenen Forderungen der Maurer abgelehnt. Während ein Stundenlohn von 50 Pf. gefordert wird, will die Jumung nur 48 Pf. bewilligen. Bezüglich der übrigen Forderungen: Sonnabends eine Stunde früher Feierabend, wöchentliche Lohnzahlung u. a., meint die Jumung, es sei kein Bedürfnis dafür vorhanden.

Stadtbefehle wegen Streikbrecher-Beleidigung. Schon mehrfach ist berichtet worden, daß die geringfügigsten Anschuldigungen, die während des Ausstandes der Stuttgarter Straßenbahner gegen Streikende verübt wurden, vom dortigen Amtsgericht mit ungewöhnlich harten Strafen geahndet worden sind. Die Richter und Staatsanwälte in Stuttgart begnügen sich nun keineswegs damit, daß sie Streikbrecher-Beleidiger, welche sie haben, ins Gefängnis schicken, sondern es wird sogar eifrig gefahndet nach solchen Beleidigern der Streikbrecher, die nicht aufzufinden sind. Wie die „Schwab. Tagw.“ mitteilt, ist neuerdings ein Stadtbefehl erlassen worden gegen einen Mann, der sich während des Straßenbahnerstreiks einer Uebertretung der Gewerbe-Ordnung schuldig gemacht haben soll. Vermutlich handelt es sich hier um einen gegen einen Streikbrecher ausgestoßenen „Pfu“-Auf oder eine ähnliche Kundgebung des gerechten Unwillens. Die ja das Stuttgarter Amtsgericht mehr als 100 mal unter den § 153 der Gewerbe-Ordnung gebracht hat.

Ein neuer Beweis für die Sachdienlichkeit der Stuttgarter Justiz ist vor einigen Tagen wieder erbracht worden. Das Schöffengericht verurteilte einen Mann, der beschuldigt war, einen Ausrufer gegen einen Streikbrecher ausgestoßen zu haben, zu drei Wochen Gefängnis.

Ausland.

Der „Dänische Drechlerverband“ hielt am 10. und 11. August seinen fünften Kongress in Odense ab. Der Kongress wählte einen Ausfluß, der eventuell mit dem Centralverein der Meister über Einführung eines Minimallohns und Ordnung der Lehrlingsverhältnisse verhandeln soll. Ein Antrag auf Austritt aus dem Gesamtverband der Gewerkschaften wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

Der Finnländische Schneider-Verband hielt seinen zweiten Verbandstag am 15. und 16. August in Helsinki ab. Vertreten waren 667 Mitglieder. Die Mitgliederzahl ist infolge der Unterdrückung der Presse durch die russischen Behörden etwas zurückgegangen, weil viele typographische Arbeiter das Land verlassen mußten. Trotz der großen Ausgaben für die Arbeitslosen stieg das Verbandsvermögen um ca. 31 000 finnländischer Mark. — Der Verbandstag beauftragte die Abteilung Helsinki einen Lohnarif für Lehrlinge auszuarbeiten. Auf Abschaffung des Lohnarif für Gehilfen wurde mit Rücksicht auf die Verhältnisse verzichtet, jedoch soll versucht werden, auf friedlichem Wege eine Revision des Lohnarif durchzuführen. Ferner wurden die Abteilungen aufgefordert, für eine bessere Durchführung der Gewerbe-Inspektion hinsichtlich der Schneiderereien zu wirken.

Zum Kohlenarbeiterstreik in Pennsylvania meldet die „N. Y. J.“ aus New York: Die streikenden Kohlenarbeiter im Langsford griffen die Streikbrecher und die Miliz an und wurden mit dem Bajonnet zurückgeschlagen; viele wurden dabei verletzt. Weiter wird berichtet, daß die Kohlenstreiker in Bluefields (West-Virginien) auf die Streikbrecher schossen. Zwei Wäpfer und zwei Streikende wurden getötet, viele Personen verletzt.

Eine Meldung des „W. L. W.“ lautet: Nach Shenandoah ist eine weitere Abteilung pennsylvanischer Kavallerie geschickt worden. In Tamagna (?) ist den Verächtern der Landwehr-Offiziere zufolge die Lage bedenklich; es kam dort zu einem Zusammenstoß zwischen den Streikenden und einer Landwehr-Abteilung. Die öffentliche Meinung ist gegen die Soldaten aufgeregt. Der Gouverneur von Westvirginien veranlaßte die Sendung von Landwehr nach dem New River-Kohlengebiet, wo Unruhen drohen.

Sociales.

Sittenzustände.

In Delsnig i. B. einer Stadt mit 18 000 Einwohnern, hat der Stadtrat an die Gastwirte eine Zuschrift gerichtet, die das „Sächsische Volksblatt“ veröffentlicht. Sie lautet:

Nach den Ergebnissen der in letzter Zeit öfter veranstalteten Revisionen und nach den ärztlicherseits dem Stadtrate gemachten Mitteilungen über die betrübliche Zahl der Fälle von Geschlechtskrankheiten, die auf den Verkehr mit Kellnerinnen zurückzuführen sind, hat das Kellnerinnenwesen in Delsnig wieder einen bedenklichen Grad erreicht. Fast in allen Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung waren Inhaber und Wirtinnen der Wirtin und der Kellnerinnen gegen Vorschriften des Regulativs vom 27. April 1897 fechtstellen; gegen einige Wirtin liegt überdies erheblicher Verdacht der Auppelei vor. Der Stadtrat (kämpft deshalb allen Wirtin, in deren Wirtschaften Kellnerinnen bedienen, hierdurch legtmäßig die genaueste Befolgung der Bestimmungen des vorerwähnten Regulativs ein und bemerkt, daß bei künftigen Inhaberhandlungen außer hohen Geld- oder Haftstrafen Einführung der Polizeistunde auf 10 Uhr abends und deren Veröffentlichung im Amtsblatt erfolgen und gegebenenfalls die Schank-erlaubnis entzogen und schankpolizeiliches Einschreiten wegen Auppelei herbeigeführt werden wird.“

Dieses kennzeichnende Schriftstück wird noch ergänzt durch eine Notiz des „Delsniger Amtsblatts“, die als aus dem Rathause stammend bezeichnet wird und in der heißt:

Welchen erschreckenden Umfang das Kellnerinnen-Umwesen in Delsnig angenommen hat, zeigen die von Polizei wegen angeführten Erörterungen. Danach sind seit Ende 1897, in welchem Jahre die Kellnerinnen-Kontrolle eingeführt wurde, in 21 Schankwirtschaften 525 (sage und schreibe: fünf- und zwanzig) Kellnerinnen tätig gewesen. Von diesen waren 124 gerichtlich oder polizeilich vorbestraft, während 106 der gewerkschaftlichen Unzucht überführt oder dringend verdächtig oder mit anstehenden Geschlechtskrankheiten behaftet waren. Einzelne Wirtschaften haben in der erwähnten Zeit bis zu 84 Kellnerinnen gehabt, von denen über 21 Prozent nachweislich sittlich anständig waren. Welches Unheil durch die Frauengzimmer bezw. durch die Chemänner, die sich nicht scheuen haben, sich mit ihnen einzulassen, über hiesige Familien gekommen ist, davon wissen die Kerzte ein Wort zu sagen. Die Polizei, der alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, vermag allein in der Bekämpfung des Kellnerinnen-Umwesens nicht viel auszurichten. Pflicht eines jeden anständigen Mannes wäre es, sie zu unterstützen und ihr sachdienliche Mitteilungen zu machen, damit mit aller Strenge gegen die Schuldigen eingeschritten werden kann.“

Einem entscheidenden Vorgehen gegen die Wirtin, die solchen schamlosen Menschenhandel treiben, wollen wir gewiß nicht widersprechen; wenn es möglich wäre, durch irgend eine Maßregel die Wirtin zu veranlassen, das Kellnerinnen-Umwesen auszulöschen und Lohn zu zahlen, das wäre das geringste Mittel, die armen Sklavinnen vor der Prostitution zu bewahren. Das ist ja sicher eine der zwingendsten und die ursprüngliche Ursache dieser furchtbaren Zustände. Auch das Stellenvermittlungswesen spielt dabei wohl eine erhebliche Rolle. Die private Stellenvermittlung in diesem Gewerbe ist ein schwerer Krebsgeschwür; sie bedeutet die schlechte oder gar nicht entlohnten Kellnerinnen aus, befördert den Stellenwechsel und die Prostitution.

Aber noch eine Frage drängt sich auf: Aus welchen Bevölkerungskreisen stammen die Kunden dieser Kellnerinnen? Wieviel honeste Bürger, die scheidlich über

die Unsitlichkeit zernern und nach Polizei und Staatsanwalt rufen, bedienen sich dieser Kellnerinnen und geben ihnen erst Gelegenheit, sich zu prostituieren? Möchte der Stadtrat der sittlichen Stadt Delsnig nicht auch darüber Auskunft geben?

Die Arbeitsverhältnisse der Irrenwärter.

Ueber die Arbeitsverhältnisse des Wärterspersonals in der Landes-Irrenanstalt Neu-Ruppin werden uns einige Mitteilungen gemacht, die für die Öffentlichkeit Interesse haben. Nach den uns gemachten Angaben haben die Wärter von früh 5 Uhr bis abends 9 Uhr Dienst. Natürlich müssen sie aber auch des Nachts zu jeder Zeit anstehen, wenn irgend etwas vorkommt, was bei den Pflegeleistungen einer solchen Anstalt wohl häufig vorkommt. Urlaub erhalten die Wärter jede Woche einmal (wochentags) und zwar Ledige von 7 Uhr abends bis 11 Uhr abends, Verheiratete bis 9 Uhr morgens; sodann alle 14 Tage Sonntagsurlaub von 1 Uhr an bis abends 11 Uhr. Bei so anstrengendem Dienste dürfte man sich allerdings nicht wundern, wenn sich ein Wärter mal vorchriftswidriger Behandlung der Kranken schuldig machte. Nicht nur im Interesse der Wärter, sondern im Interesse der Irrenbehandlung muß die öffentliche Aufmerksamkeit auf solche Zustände gelenkt werden; es muß gefordert werden, daß dem Personal täglich eine ausreichende Ruhe- und Erholungszeit gewährt wird, damit die Leute frischen Geistes und mit der nötigen Freudigkeit ihren schweren und verantwortungsvollen Dienst versehen können.

Vor kurzem ist den Wärtern selbst die bescheidene, schriftlich eingereichte Bitte um Verlängerung des Sonntagsurlaubs bis 12 Uhr ohne weiteres abgelehnt worden. Auch über die Beföstigung wird in dem uns zugegangenen Schreiben geklagt. So giebt es manchmal als Abendlohn nur eine Suppe und ein Stück trockenes Brot, zuweilen allerdings auch Käse, Butter, Eier oder einen halben Herbig. Butter giebt es täglich 33 Gramm, was entschieden viel zu wenig ist. Es erklärt sich unter diesen Umständen auch leicht, daß der Wärterbestand nicht vollständig ist; es ist wirklich kein berechnenswertes Los, bei samaler Kost und außerordentlich langer Arbeitszeit sein Leben im Dienste Geisteskranker zu verbringen. Da kann wohl auch die Humanität nicht gedeihen, die gerade in solchen Dienste so notwendig ist.

Saubere Zustände in des Wortes vollster Bedeutung muß die praktische Anwendung des Ministerial-Erlasses vom 2. November 1899 — U 20 975 — in manchen preussischen Volksschulen herbeiführen. Der Erlass, der hier und da thatsächlich noch in Kraft sein soll, ordnet nämlich an: es unterliege keinem Bedenken, daß da, wo ortsblich die Reinigung des Schulzimmers durch die Schulkinder befragt wurde, es auch ferner so gehalten werde. Wenn ein Vater sein Kind hierzu nicht hergeben wolle, so habe er statt dessen eine andre Person zu stellen oder beim Schuldvorstande zu beantragen, daß eine Aenderung beschlossene werde.

Eine vom hygienischen, pädagogischen und ökonomischen Standpunkte gleich vortreffliche Maßregel! Was kann aber auch vernünftiger und gerechter sein, als daß man die hin und wieder doch notwendig werdende Reinigung der Schulräume — wie es ja auch in den Gefängnissen Preußen-Deutschlands geschieht — durch die Arbeiter der Schmutz- und Staubablagerungen selbst vornehmen läßt? Hier liegt die Möglichkeit für die Regierung vor, an den noch immer viel zu hohen Kosten für das Volksschulwesen nicht unwesentliche Ersparnisse zu machen, indem man nach Abschaffung sämtlicher Schuldiener die in dem oben angeführten Schulerlass erwähnte Reinigungsmethode in allen preussischen Volksschulen zur Anwendung bringt. Als eine Art von Oberkassafaktoren können hierbei sehr wohl die Lehrer fungieren, die ja ohnehin durch den niederen Kisterdienst, zu dem sie auch heute noch in zahlreichen Fällen verwendet werden, nicht verwöhnt sind. Neuerdings erst hat sich das Vertrauen in die Bieleitigkeit des Volksschullehrers drastisch in der Stadtverordnetenversammlung von Radevormwald dokumentiert. Ein Stadtvorwörter machte dort den Vorschlag, die Kosten des Fußbodenanstrichs im Schulgebäude dadurch um 5 Pf. pro Quadratmeter zu verringern, „daß die Herren Lehrer das Streichen besorgen könnten“. Man sieht, die Thätigkeit des „Siegers von Königgrätz“ ist noch bisher ungeahnter Erweiterungen fähig.

Zum Nachfolger Wörthhoffers wurde der Fabrikinspektor F. H. H. ernannt, der bisher schon in hiesigen Diensten stand, also unter Wörthhoffer gearbeitet hat. Möge er seinem Vorgänger nachtreiben.

Die Sonntagsarbeit der Diensthöten.

In England ist eine Bewegung im Gange, die sich die Einschränkung der Sonntagsarbeit der häuslichen Angestellten zum Ziel gesetzt hat. Die Bewegung geht von den „Herzhaften“ aus; im Komitee sitzen eine ganze Anzahl Grafen, Herzöge u. a. In einem Aufruf bedauert das Komitee, daß die häuslichen Angestellten durch die Gesellschaften, Diners, überhand festlichkeiten so wenig von der Sonntagsfeier haben und ersuchen die Dienstherrschaften, die Dienste ihrer Angestellten an den Sonn- und Feiertagen so wenig wie möglich in Anspruch zu nehmen.

Versammlungen.

Polizeilich aufgelöst wurde die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Adlershof, welche am 28. d. M. bei Weder tagte, weil Frauen anwesend waren. Der überwachende Gendarm forderte den Vorsitzenden auf, die Frauen aus dem Saal zu weisen. Derselbe erklärte, unter Berufung auf die bekannte Verfügung des Ministers, daß er sich für berechtigt halte, die Frauen zu dulden. Zur Geschäftsordnung wollte noch Genosse Riesel, welcher das Referat halten sollte, sprechen; doch der Gendarm löste ohne weiteres die Versammlung auf.

Wannsee. Eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung für Männer und Frauen fand am 27. d. Mts. im Lokal Pfaffenhof statt. Das Referat hatte der Reichstags-Abgeordnete Hr. Jubeil übernommen. Im zweifelhafte Vortrag gehaltene der Redner unter großem Beifall der Anwesenden die Brotwunderpolitik der Regierung und der Mehrheitsparteien im Reichstag. In der Diskussion vertrat ein Redner den Standpunkt, daß die Erträge des Lebensmittelwunders doch immerhin dem Reiche zu gute kommen, derselbe wurde vom Referenten dahin belehrt, daß der Meisenanteil in die Taschen der Großgrundbesitzer fliehe.

Rechte Nachrichten und Depeschen.

Wilmshöfen, 29. August. (W. L. W.) Beim Einsturz eines Neubaus wurden hier 2 Personen getötet, 3 schwer verletzt.

Florenz, 29. August. (W. L. W.) Im Anschluß an den Ausstand in einer Metallwarenfabrik in Figone, der bereits seit einigen Tagen anhält, stellten heute sämtliche Metallarbeiter, Schriftfeger, Cigarrenarbeiterinnen und Tischler die Arbeit ein. Die Metallarbeiter forderten alle übrigen Arbeiter auf, morgen in den Ausstand zu treten. Bis jetzt ist der Ausstand jedoch ein teilweiser. Man hofft, daß es zu keiner allgemeinen Arbeitseinstellung kommen wird. Die Stadt zeigt ihre gewohnte Aussehen.

Madrid, 29. August. (W. L. W.) Der Ministerat beschloß die Aufhebung des Belagerungsstandes in Barcelona. Die Suspendierung der verfassungsmäßigen Garantien wurde jedoch aufrecht erhalten.

Konstantinopel, 29. August. (W. L. W.) Infolge des Protestes der Mächte hat die Porte das Projekt der Erhebung eines weiteren Zollzuschlages auf ausländische Waren fallen lassen.

New York, 29. August. (W. L. W.) In Danvers (Pennsylvanien) fand heute ein Zusammenstoß zwischen den Ausständigen und dem Militär statt, bei dem ein Hauptmann und 6 Ausständige verwundet wurden. Die Truppen bemühten sich seit Tagesanbruch, die Unruhen zu unterdrücken.

Siebenter Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

München, 28. August.

In öffentlicher Sitzung wird heute zunächst in die Beratung der Agitation, Streiks und Presse in Verbindung mit dem Unterstützungswesen eingetreten. Holzhäuser konstatiert, daß es sich dabei hauptsächlich um die Entscheidung handeln werde, ob die in den Anfängen vorhandene Agitations-Bezirksenteilung aufrecht erhalten bleiben und ausgebaut werden solle oder nicht. Auch seien Wünsche nach der Anstellung von Lokalbeamten laut geworden, und müßte man somit auch dieserhalb eine Entscheidung treffen.

Nach Begründung der in Betracht kommenden Anträge beginnt die Diskussion.

Man schilderte die Verhältnisse in den einzelnen Orten und die Schwierigkeit der Agitation in zurückgebliebenen Distrikten. Von verschiedenen Seiten wird die Ansicht vertreten, daß die Anstellung lokaler Verwaltungsbeamten viel zur Belebung der Agitation beitragen und veranlassen würde, daß sich die Mitgliederzahl dadurch bedeutend hebt. Sie müßten erst den Boden lockern durch eine intensive und dauernde Kleinarbeit und dann wäre die Zeit zum Ausbau des Gaubeamten-Systems gekommen. Heute sehe man von ihrer Arbeit noch sehr wenig Früchte, dagegen würden die Ausgaben für Lokalbeamte hundertfältige Früchte tragen.

Von anderer Seite wurde eingewandt, daß der verhältnismäßig geringe greifbare Vorteil, den die Gaubeamten aufzuweisen hätten, daher rühre, weil ihr Arbeitsgebiet ein viel zu umfangreiches sei, um sofort Erfolge zu zeitigen. Auch sei man bisher viel zu knauserig gewesen, bei größerer Anwendung von Agitationsmitteln in den vergangenen Jahren wären vielleicht Tausende an Streikgelbern usw. gepart. Die Agitation im Osten möge nach anderen Prinzipien als bisher erfolgen. Man dürfe nicht nach einer Verammlung wieder weiter reifen, sondern je nach Bedarf auch tagelang dableiben, mit den Leuten Fühlung nehmen, die örtlichen Verwaltungs-Beamten schulen; wo es notwendig ist, Agitations-Kommissionen einrichten und zeitweise nachsehen, ob auch alles im Lot sei. Gut sei es gewesen, daß der Hauptvorstand Zusätze zur Anstellung von Lokalbeamten gewährt habe. Das System sei beizubehalten und auszubauen.

Weitere Redner wünschten zusammen mit dem Ausbau des Lokalbeamten-Systems auch jenen des Gaubeamten-Systems. Man könne das eine tun und braucht das andre nicht zu lassen.

Auch der Druck von Statuten in polnischer Sprache wurde in Anregung gebracht.

Räming giebt zu bedenken, daß für all diese in der Diskussion geäußerten Wünsche die finanzielle Tragkraft nicht vorhanden ist. Es handelt sich dabei um etwa 45 bis 50 000 Mark jährlich. Finanzmäßig werden sich die angestellten Gauvorsitzer noch auf Jahre hinaus nicht rentieren. Der Vorstand muß in dieser Frage von Fall zu Fall die Entscheidung treffen.

In der Nachmittags-Sitzung wird die Diskussion fortgesetzt.

Nach einem Schwurwort Holzhäuser kommt es zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Einstimmig angenommen wird folgender Antrag Stühmer:

„Der Verbandstag beschließt, daß der „Konfektions-Arbeiter“ in Zukunft nicht mehr regelmäßig alle Monate, sondern je nach Bedarf in geringerer Umsonge herauszugeben ist. Ferner ist der Inhalt den Verhältnissen der einzelnen Bezirke, für welche die einzelnen Nummern bestimmt sind, anzupassen. Die Vertrauenspersonen der Bezirke, welche hierbei in Betracht kommen, sind verpflichtet, der Redaktion das ihnen zur Verfügung stehende Material zur weiteren Verarbeitung einzuliefern.“

Gleichfalls einstimmig angenommen wird folgender Antrag Solingen:

„Das Vertrauensmännersystem wird weiter als bisher ausgebaut. Die Ausführung desselben wird dem Vorstände übertragen.“

Eine bessere Veranschlagung in betreff der Wahl der Bezirks-Agitationskommissionen wird dem Vorstände zur Erwägung anheimgegeben.

Ein Antrag Hamburg: „Der Agitator für den Osten ist verpflichtet, seinen Wohnsitz an einem der maßgebenden Konfektionsorte seines Bezirkes zu nehmen“, gelangt zur Annahme.

Hinterher wird behauptet, daß dieses Abstimmungsergebnis die Folge eines Mißverständnisses gewesen sei. Die Diskussion wird unter schwierigen Verhältnissen nochmals eröffnet und gestaltet sich sehr umfangreich und teilweise ziemlich erregt. Lätzerow erklärt, daß er sich mit einer Verlegung nach Breslau, das hierbei in erster Linie in Frage kommt, nicht gerne zu unfruchtbarer Arbeit verurteilen lassen möchte. Von Berliner Seite wird Berlin als der maßgebende Konfektionsort des östlichen Agitationsgebietes deklariert, was speziell von sächsischer Seite sowie vom Breslauer Delegierten energisch bestritten wird. Finke - Breslau verlangt, daß der Vertrauensmann für den Osten seinen Wohnsitz in Breslau zu nehmen und dort auch die Beiträge einzulassen habe.

Es liegen eine ganze Reihe neuer Anträge vor, die mit dem Hamburger Antrage der Reihe nach zur Abstimmung kommen. Auch über den Abstimmungsmodus wird noch zur Geschäftsordnung gesprochen. Angenommen wird endlich ein Antrag Treu-Barnberg, daß der Sitz von Berlin verlegt wird, die Wahl des Ortes jedoch dem Vorstand überlassen. Auf Antrag Stühmer wird auch der Zeitpunkt der Sitzverlegung dem Vorstande überlassen. Damit ist der Hamburger Antrag nunmehr gefallen resp. erledigt.

Lätzerow giebt die Erklärung ab, daß er keineswegs habe sagen wollen, daß er an einem andern Orte nicht thätig sein werde. Nur gegen die Zweckmäßigkeit der Sitzverlegung habe er sich gewandt.

Rummehe kommt die Streiffrage zur Behandlung. Auch hierzu giebt Holzhäuser das einleitende Referat, der auf die Ueberführung der meisten Lohnbewegungen hinweist. Grundsätzlich Information ist nötig. Man muß für bessere Fundamentierung der Lohnbewegungen sorgen. Die Tariffrage ist gleichfalls vorsichtig zu behandeln. Dies alles muß berücksichtigt werden und die Debatte wird an der Hand der Anträge das weitere ergeben.

Rummehe werden einzelne Anträge begründet und dann wird von der weiteren Begründung Abstand genommen und darauf die Sitzung geschlossen.

Aus der Frauenbewegung.

Skandalleben jüdischer Arbeiterinnen in Rußland.

In der Tabakfabrik von Luga u. Leiferowitsch in Dwinz! war die 16 Jahre alte Arbeiterin Weisachowitsch von den Fabrikbeamten Fisch, Kappoport und Steinmann abends unter einem Vorwande in der Fabrik aufgehalten, dann gewaltsam iramen gemacht und verewaltigt worden. Am andern Morgen erzählte sie den Vorfall weinend ihren Mitarbeiterinnen, denen ihr verstorbes Wesen aufgefallen war und die deshalb in sie gedungen waren.

Die Arbeiterinnen, erregt und aufs tiefste empört, legen die Arbeit nieder. Man ruft den Fabrikinspektor herbei. In Erwartung des Inspektors wenden sich die hitzigsten Arbeiterinnen an den anwesenden und ganz kaltschnitzigen Ansel Fisch. Der grimmig ihn ansehenden Menge antwortete er: „Was wollt Ihr? Was geht's Euch an; das ist doch nicht Euch passiert! ... Die dumme Person da läßt! Und überhaupt, wenn man Euch alle visittieren wollte, man würde keine einzige Unschuldige unter Euch finden! Schreit nicht! Da kommt der Herr! ... Erdreißet Euch nur, in seiner Gegenwart von der Arbeit fernzubleiben! Er wird den Polizeimeister herufen und den Militärarzt, man wird Euch alle auf der Stelle untersuchen und allen Schreierinnen gelbe Pässe geben! Dann

kennt Ihr Kagen gehen, Ihr Schlampe! Diese Drohung wirkte. Die Arbeiterinnen schwiegen. Einige nehmen die Arbeit auf, andre weinen.

Als der Inspektor kam, erzählten ihm die Arbeiterinnen das Vorgefallene und einige ähnliche Vorgänge, die alle denselben Ansel Fisch zum Helben haben. Nach Ostern dieses Jahres hatte er auf dieselbe Weise die Frel Nordin entehrt, Mina und Sarah Fleischmann, 14 und 16 Jahre alt, hatte er unehrlieh gemacht und ins Freudenhaus abgeliefert; am 3. Juni wollte er der Chaja Selbet Gewalt antun, als sie in der Mittagspause im Sortierzimmer schlief usw. Sie erzählten ferner, daß Ansel Fisch gemeinsam mit Fisch Steinmann und Wendel Kappoport, die 12- bis 18-jährigen Arbeiterinnen systematisch verderben und unehrlieh machten, indem sie ihnen Säftigkeiten gaben und unzüchtige Reden mit ihnen führten. Sogar der Fabrikinspektor war empört: „Der Weisachowitsch 40 Rubel auszahlen von dem Gehalte des Fisch, Steinmann und Kappoport!“ beschloß er; „Fisch, Steinmann und Kappoport werden entlassen und der Kriminalverantwortung unterzogen!“ setzte er rasch hinzu.

Aber da blieb er plötzlich still, da er einen bösen Blick des Fabrikanten Leiferowitsch aufgesenken hatte. Dieser selbst ist auch aufgeregt: „Unternehmung, Gericht!“ Alle Arbeiterinnen können sich noch der Zeit erinnern, wo der ehrwürdige Fabrikant selbst sich derselben lauderen Beschäftigung hingab wie jetzt sein Meister Fisch. „Ich birge für meinen Meister und für meinen Buchhalter.“ sagt er mit wichtiger Miene; „ich schwöre, daß sie ehrliche Männer sind. Diese Arbeiterinnen lügen alle, alle sind liederlich ... sind Streitmaderinnen und Sozialistinnen. ... Ich werde sie alle entlassen und sie durch russische ersetzen, dann wird es in meiner Fabrik keine Skandale geben.“ „Das es nur keine Beschäftigung gebe!“ schreit ihm eine Arbeiterin aus der Menge ins Gesicht.

Die Folgen des Dramas: Der Vater prügelte die Weisachowitsch durch; der Bruder soll von Leiferowitsch 25 Rubel bekommen haben; Fisch & Co. bleiben nach wie vor in der Fabrik; Leiferowitsch hat den sächsischen Mädchen angezeigt, daß er sie nach zwei Wochen entlassen werde. Er werde diese Drohung erfüllen, wenn die Mädchen nicht zum Inspektor gingen und ihm sagten, daß die Gerüchte über Fisch u. Co. ganz unbegründet seien. Unter den Arbeiterinnen beginnt sich schon der Kleinmut zu zeigen. Wie wir gehört haben, sind fünfzehn Mädchen, in der Furcht aufs Pflaster geworfen zu werden, zum Inspektor gegangen, aber dieser soll sie fortgeschickt haben.

Es war keine leere Drohung, wenn Fisch von „gelben Pässen“ sprach. Wie bekannt verhaftete im April dieses Jahres die Polizei in Wlawa viele Arbeiterinnen in einer Arbeiterversammlung; alle wurden medizinisch untersucht und vielen „gelbe Pässe“ mitgegeben. Dieser „gelbe Pass“, der Pass, den in Rußland die der Polizei bekannte Prostituierte bekommt, schwebt wie ein Damoklesschwert über dem Haupte einer jeden an der Bewegung beteiligten Arbeiterin. Jetzt wird jede noch so opferbereite Arbeiterin unschlüssig werden. „Aber die Ausgabe von „gelben Pässen“, schreibt der „Allgemeine jüdische Arbeiterbund für Litauen, Polen und Rußland“ in seinem letzten Bulletin, sängt an, System zu werden. Wegen dieses System empfehlen wir Widerstand mit allen und den verzweifeltesten Mitteln. Dem kleinsten derartigen Versuch der Polizei-macht muß sofortiger, entschiedener Massenwiderstand entgegengehalten werden.“

Lokales.

Wie die Hausbesitzer das Fett abzuschöpfen suchen. Der Bau des zweiten Rathauses, der für eine Reihe von Jahren Hunderte von Arbeitern beschäftigen wird, hat bei den Restaurateuren der den Banplatz umgebenden Straßen, der Stralauer, Jüden-, Parochial-, und Klosterstraße, begeisterte Weise die Hoffnung rege gemacht, daß ihnen in den nächsten Jahren eine reiche Ernte beschieden sein wird. Dasselbe haben sich auch die Hausbesitzer gefast und nach allem hausagrarischen Brauch haben einzelne Eigentümer derjenigen Häuser, in denen Restaurationen bereits bestanden oder mit Rücksicht auf den Rathausbau neu eingerichtet wurden, sich beeilt, sich ihren Anteil an dem von den Restaurateuren erwarteten Gewinn im voraus zu sichern. Für einige der in Betracht kommenden Restaurationen ist die Miete gestiegen worden bzw. soll sie nächstens gestiegen werden. Zum Teil wird die Steigerung ausdrücklich damit begründet, daß der Bau den Restaurateuren größeren Verdienst bringen werde. Nur hat sich aber herausgestellt, daß auf dem Rathaus-Banplatz eine eigne Kantine eingerichtet wird, für die der „oben“ gut angeschriebene Kaffeebrenner die Lieferungen und eine von ihm abhängige Personlichkeit die Verwaltung übernehmen soll. Da wird aus der „reichen Ernte“ der andren Gastwirte wahrscheinlich nicht viel werden. Die Hausbesitzer hundert das natürlich nicht, ihren „Gewinnanteil“ einzufaden, noch ehe von dem Gewinn auch nur ein einziger Pfennig vorhanden ist. Der eine oder der andre von ihnen wird aber am letzten Ende vielleicht doch merken, daß auch er sich verrechnet hat. Schon mancher Hausbesitzer hat sich dadurch selber hineingelegt, daß er die Bodenmieten sinnlos steigerte. Er mußte es schließlich erleben, daß er seine Mieter um ihren Erwerb und sich selber um die Mieten brachte.

Vom alten Botanischen Garten. Dieser Platz ist bis auf weiteres zum Spielen für Kinder freigegeben.“ So lautet die Aufschrift einer Tafel am Gelände um die „Alpen“ des alten Botanischen Gartens an der Potsdamerstraße. Von diesem ihnen zugestandenem Rechte machen sie natürlich in umfassendster Weise Gebrauch, indem allerlei Streig- und Musikpartien nach und von den Höfen unternommen werden, während die Kleinsten der Kleinen gleich Heimgel-männchen mit Harke, Schippe und Wschgrasch angereizt an den Abhängen buddeln. Die Staudenflächen sind zum größten Teil geräumt und die Gewächse von ihnen nach dem neuen Garten verdrängt worden. In Bezug auf die großen Akazien- und Agaven-Hugelgruppen ist noch alles beim alten geblieben, und in letzteren haben einige Gewächse bis 3 Meter hohe lergengerade Blütenstände getrieben.

Die Berliner Ju- und Fortzughverhältnisse haben in der letzten Zeit wieder eine Wandlung erfahren. Die Verminderung der Zugzüge nach Berlin, die sich das ganze vorige Jahr hindurch stark bemerkbar gemacht und noch bis in den April des laufenden Jahres andauert hat, ist mit Beginn dieses Sommers zum Stillstand gekommen. Die Monate Mai und Juni 1902 zeigten mit rund 18 000 und 15 200 Zugzugmeldungen bereits wieder eine recht ansehnliche Zunahme gegenüber denselben Monaten des Jahres 1901, aus denen 10 908 und 14 710 Zugzüge gemeldet worden waren. Andererseits hat die Vermehrung der Fortzüge aus Berlin seit Mai 1902 wieder einer Verminderung Platz gemacht. Aus den Monaten Mai und Juni d. J. sind rund 14 000 und 12 700 Fortzüge gemeldet worden, während aus denselben Monaten des Vorjahres 15 048 und 15 285 Personen als fortgezogen gemeldet worden waren. Für Mai und Juni zusammen sind im laufenden Jahre die Zugzugmeldungen um rund 2200 über diejenigen des Vorjahres hinausgegangen und gleichzeitig die Fortzugmeldungen um rund 8000 hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben.

Bei dem Ordensfesten aus Anlaß des italienischen Besuchs sind auch die Spitzen unserer städtischen Behörden nicht zu kurz gekommen. Der König von Italien hat dem Oberbürgermeister Rischner den Orden zur Eisernen Krone mit dem Stern, den beiden Stadtbauräten Krause und Ludwig Hoffmann das

Offizierskreuz zum St. Mauritius-Orden und dem Gartenbaudirektor Pächting sowie den beiden Stadtbauinspektoren Maydorf und Szalla das Ritterkreuz zum St. Mauritius-Orden verliehen. Hoffentlich wissen die Herren das Geschenk seinem Werte nach zu würdigen.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. Der Magistrat hat beschlossen, obgleich die dritte städtische Irrenanstalt in Buch noch nicht vollendet ist, das Programm für den Bau einer vierten städtischen Irrenanstalt von der zuständigen Deputation aufstellen zu lassen. Diese vierte Irrenanstalt dürfte ebenfalls nach einem Vorort und zwar in die Nähe von Buch kommen.

Die Sittierungen von Tischlergesellen mehrten sich in auffälliger Weise. Heute wird und darüber folgendes mitgeteilt: In der Möbelfabrik von Hülkenbed, Kroll u. Co., Warschauerstraße, hatten die Gesellen die Arbeit niedergelegt, weil der eine Firmeninhaber die Wiedereinstellung eines entlassenen Kollegen verweigerte. Letzterer hatte nämlich das in den Augen des gestrigen Arbeitgebers als fuchswürdig betrachtete Verbrechen begangen, mit einem durch den berühmten Arbeitsnachweis der Tischler-Zunung eingestellten Gesellen wegen dessen unsofortigen Verhaltens Mißsprache zu nehmen, was diesen veranlaßte, freiwillig wieder die Werkstatt zu verlassen. Da Herr Hülkenbed trotz aller Bemühungen des Zunungsnachweises nur 6 Arbeitswillige anstatt der gebrauchten 150 bekommen konnte, so scheint sich seiner eine hochgradige Erbitterung gegen die Streikenden bemächtigt zu haben. Vor einigen Tagen wußte er es zu veranlassen, daß ein von ihm als Streikposten bezeichneter Holzarbeiter von einem Polizeilieutenant und zwei Schutzleuten aus dem litauischen Lokal in der Warschauerstraße herausgeholt und verhaftet wurde. Am selben Tage ließ er in dieser und andren benachbarten Werkstätten noch vier weitere Verhaftungen vornehmen. Das Austreten des Herrn hatte zur Folge, daß ihm die Wirte ein für allemal ihre Lokale verboten. Ein großer Straßenanlauf entstand, als H. die Sittierung des Tischlergesellen Kula forderte, der als Unbeteiligter mit seiner Frau das Lokal von Hamme, Warschauerstraße 59, verließ. K. wurde thätlich vom Arme seiner Frau weg zur Wache gebracht. Zwar wurden sämtliche Sittierte nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen, doch zeigt sich an diesen Vorkommnissen auf das deutlichste, wie überaus dienstfertig die Polizei ist, wenn ein Arbeitgeber sie gegen freilebende Arbeiter benutzen will. Ob die Polizei wohl ebenso schnell mit der Verhaftung eines Fabrikanten bei der Hand wäre, wenn sich ein Arbeiter von diesem „belästigt“ fühlte?

Ein schlimmes Andenken an Berlin wird ein Sachfengänger-Ghepaar aus Ungarn mit nach Hause nehmen. Der Landarbeiter Anton Ragg aus Ofinbarg in Südungarn war im Frühjahr von einem Mitmeister v. Armin auf Augustfelde im Kreise Prenglau als Vorarbeiter in Arbeit genommen worden. Auch seine Frau hatte auf dem Gute Beschäftigung gefunden. Verschiedene Mißlichkeiten bewogen den Ungarn, bei dem Mitmeister um die Entlassung einzukommen, doch wurde dies Ersuchen abgeschlagen. Ragg verließ darauf seine Stellung; der Gutbesitzer v. Armin bestellte aber von dem Arbeiter nicht allein 175 M. Kaution ein, sondern wecherte sich auch die Papiere der Leute herauszugeben. Das Ehepaar wandte sich nun nach Berlin und fiel hier am Donnerstag einem Schwindler in die Hände, der es verstand, den ordnungsliebenden Mann unter allerhand Vorspiegelungen um 33 M. zu erleichtern. In seiner Hilflosigkeit brachte das Ehepaar die Nacht zu feiern im städtischen Wirt für Obdach-lose zu; als der Mann am Morgen erwachte, machte er eine neue schlimme Entdeckung, man hatte ihm im Wirt seine Uhr gestohlen. Kailos irrten die Leute nun abermals in der Stadt umher, bis sie endlich nach dem österrich-ungarischen Konsulat gebracht wurden. Hoffentlich hat man sich dort mit der nötigen Entschiedenheit ihrer Rechte angenommen.

Birchows Befinden. Wie man der „Wof. Jtg.“ aus Bad Nauhung meldet, ist erfreulicherweise in dem Befinden Birchows deutlich eine ganz stammenswerte Besserung eingetreten. Der greise Gelehrte trifft am Sonnabendabend in Berlin ein. Hoffentlich hält die Besserung fortwährend an.

Wegen eines Geldverlustes erschossen hat sich am Donnerstagnachmittag um 4 Uhr der 73 Jahre alte frühere Förster Karl Brande aus der Vestfingstr. 57. Er war früher 25 Jahre lang Förster in Ederwalde, lebte seit 15 Jahren als Witwer im Ruhestand und wohnte mit einem unverheirateten Sohn zusammen im Keller des Seitenflügels. Vor einiger Zeit verlor er die Summe von 4500 M., die er ausgeleihen hatte. Darüber wurde er schwer-müthig. Donnerstagnachmittag fiel in der Wohnung des Greises ein Schuh und Handbewohner fanden ihn auf dem Sofa sitzend mit einer Wunde in der Brust. Der geladene Revolver lag neben ihm. Ein Arzt konnte nur den nach einigen Minuten eingetretenen Tod feststellen.

Bei lebendigem Leibe verbrannt ist am Freitag früh um 10 1/2 Uhr der dreißigjährige Sohn Ernst der Witwe Stibba in deren Wohnung Quinowstr. 131. Aus unbekannt gebliebener Ursache war in der Wohnung der Frau Stibba Feuer ausgebrochen, während die Mutter abwesend war. Als das Feuer von Hausbewohnern bemerkt wurde, drangen beherzte Leute in die verschlossene Wohnung ein. In der Nähe des Ofens in der Küche brannte Wäsche und Papier. Die Flammen hatten die Kleidung des Knaben erfasst und verbrannt. Die Brandwunden waren so schwer, daß keine Hilfe mehr möglich war. Als die Feuerwehre erschien, wurden Wiederbelebungsversuche gemacht, indes waren alle Bemühungen vergeblich. Die Flammen konnten bald gelöscht werden.

Zehn Taschendiebe und ein Sittlichkeitsverbrecher, die bei dem vorgestrigen Gedränge im Trüben fischen zu können glaubten, wurden von der Kriminalpolizei abgefischt und in Sicherheit gebracht. Der Sittlichkeits-Verbrecher hatte sich, nachdem die polizeiliche Abspernung aufgehoben war, in dem starken Gedränge nicht weit von königlichem Schloß an ein Schulmädchen herangemacht und es in kraßster Weise berührt. Damit noch nicht zufrieden, verfolgte der verkommene Mensch das vor Angst entsetzte Kind bis hinter dem Giech-haus und wollte es dort in einen Hausflur schleppen. Als Polizeibeamte, die ihn schon beobachtet hatten, jetzt zugriffen, setzte er sich kräftig zur Wehr, so daß er gefesselt abgeführt werden mußte. Auf der Wache verweigerte er jedwede Auskunft. Auf dem Polizeipräsidium aber konnte aus Vorgesängen feststellt werden, daß man einen alten Kunden gepackt hatte. Es ist der bereits hiebenmal wegen ähnlicher Verbrechen bestrafte Buchhalter W., ein Mann von 44 Jahren, der anten Herkommen, verheiratet und Vater von drei Kindern ist. Rummehe legte er ein Geständnis ab und wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt. In den eingebrachten 10 Taschendieben gehören zwei internationale, schon mehrfach mit Justizhaus bestrafte Verbrecher. Der frühere Schneider Franz Reich hat Berlin seit Jahren gemieden, weil er hier jedesmal abgefischt wurde. Der Einzug des Königs von Italien hatte in ihm die Sehnsucht nach der Reichshauptstadt erweckt; er wollte sein Glück von neuem versuchen und war in der Erwartung auf eine gute Ernte von Botterdam hier eingetroffen. Der Zufall figte, daß er von einem alten Kriminalbeamten, der ihn aus früherer Zeit kannte, bemerkt und abgefischt wurde, als er einem holländischen Kaufmann die Geldtasche stibigt hatte. Er wurde zur Herausgabe der Beute veranlaßt, noch bevor der Verstehlene den Verlust bemerkt hatte und mußte bei den Verhandlungen mit seinem nicht deutsch sprechenden Opfer den Dol-

